

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Reis (<i>Oryza sativa</i> L.)	3
Reis als Beispiel für die Grüne Revolution	4
Patentrechte an Reissorten	5
Bananen (<i>Musa x paradisiaca</i> L.)	8
Weltmarkt und EU Bananenordnung	10
Die Arbeitsbedingungen	11
Chemieeinsatz.....	12
Kaffee (<i>Coffea</i> L. sp.)	15
Weltwirtschaft	15
Zölle und Steuern	18
Die Situation der Kaffee-Arbeiter	18
Kakao (<i>Theobroma cacao</i> L.)	20
Weltwirtschaft	20
EU Verordnungen.....	21
Tee (<i>Camellia sinensis</i> L.)	24
Weltwirtschaft	24
Die Situation der tamilischen Teepflücker in Sri Lanka	25
Zuckerrohr (<i>Saccharum officinarum</i> L.)	27
Weltwirtschaft	27
EU Zuckerpolitik und ihre Auswirkungen	29
Lebensbedingungen auf der Zuckerrohrplantage.....	30
Rohrzucker als Kraftstoffsubstitut	31
Baumwolle (<i>Gossypium</i> L. sp.)	33
Weltwirtschaft	33
Auswirkungen des Welttextilabkommens	33
Ökologische Aspekte	34
Handlungsmöglichkeiten für Verbraucher	37
Akteure im Fairen Handel (Auswahl)	39
Weltläden und Weltladen-Dachverband	39
TransFair	39
Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (GEPA).....	40
EFTA (European Fair Trade Association)	40
NEWS! (Network of European Worldshops).....	41
FLO (Fair Trade Labelling Organisation)	41
IFAT (International Federation of Alternative Trade)	41
Bündnisse und Kampagnen (Auswahl)	41
Kampagne des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO).....	41
Bananenkampagne	42
Clean Clothes Campaign – Let’s wear fair	42
Blumenkampagne	43
Informationsstelle Lateinamerika	43
Unterrichts- und Aktionsmaterialien	44

Vorwort

Im *Gewächshaus für tropische Nutzpflanzen* in Witzenhausen kann man eine Vielzahl von interessanten Pflanzen kennen lernen: Kaffee, Tee, Kakao, Zuckerrohr und viele andere mehr. Ihre Produkte kamen ursprünglich als so genannte „Kolonialwaren“ nach Deutschland und sind mittlerweile aus unserem heutigen Alltag kaum noch wegzudenken. Bei Führungen durch die Sammlung gibt es viel Wissenswertes über die botanisch – landwirtschaftlichen Aspekte zu vermitteln. Doch diese Pflanzen und ihre Produkte haben auch eine politische Seite, die uns als Konsumierende interessieren sollte: „Wie leben die Menschen auf den Farmen und Plantagen?“, „Wer stellt die Produkte aus dem Rohstoff her?“, „Welche Bedeutung hat der Export für die Anbauländer?“, „Wer kauft und verkauft die Produkte?“ oder „Wie sehen die Weltmarktbedingungen aus?“.

Es gäbe noch viele weitere Fragen, die wir in diesem Zusammenhang stellen könnten, doch diese Broschüre kann und soll nur einen konzentrierten Überblick geben, schnelle Information zu einzelnen Pflanzen ermöglichen und weiterführende Quellen für das Selbststudium anbieten. Der Text richtet sich vor allem an Multiplikatoren, also an Fachkräfte, die in Botanischen Gärten Führungen zu tropischen Nutzpflanzen anbieten und an Lehrkräfte, die diese Gärten mit ihren Schülern besuchen und sich selbst inhaltlich auf die Führung vorbereiten wollen. Die Broschüre ist daher bewusst nicht als Handreichung mit Arbeitsblättern für den Unterricht konzipiert.

Die Zusammenstellung basiert insbesondere auf entwicklungspolitischer Literatur aus dem Bereich der Solidaritätsbewegungen und auf einer Broschüre, die als Kooperation zwischen dem Arbeitskreis Eine Welt e.V. und dem Tropengewächshaus aus dem Jahr 1995 als „graue Literatur“ vorlag.

Aus Gründen der Lesbarkeit verzichten wir auf die weiblichen Endungen und auf das Zitieren der Quellen im Text, geben aber selbstverständlich zu jedem Kapitel die verwendete Literatur an.

Wir hoffen, dass sich nach dem Lesen des Heftes die beiden wichtigsten Fragen stellen: „Was geht mich das alles an?“ und „Was kann ich tun?“.

Viel Spaß und ein AHA-Erlebnis beim Lesen wünschen die Autorinnen

Ulrike Künnemann, Marina Hethke und Alexandra Csik

Danksagung

Ein herzliches Dankeschön an das Projekt „Eine - Welt - Garten“ in Witzenhausen. Die finanzielle Unterstützung der Kooperation Eine Welt, des Evangelischen Entwicklungsdienstes und des Bundesministeriums für Zusammenarbeit ermöglichte diese Veröffentlichung.

Unser Dank geht auch an Wolfgang Pfungst, der die ersten Recherchen zu den aktuellen Zahlen übernahm und an Petra Reisinger für die Korrekturen des Manuskriptes.

Reis (*Oryza sativa* L.)

Reis ist weltweit das wichtigste Nahrungsmittel, denn für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung liefert er den Hauptteil des täglichen Kalorienbedarfs. Die meisten Anbauländer konsumieren den überwiegenden Teil ihrer Reisernte selbst, so dass lediglich 5% der gesamten Produktion auf den internationalen Markt gelangen. Bereits geringe Produktionsschwankungen wirken sich stark auf den Weltmarkt aus und beeinflussen die Preise, die infolge dessen sehr instabil sind. Es gibt weder einen Terminmarkt noch einen einheitlichen Weltmarktpreis, es kann noch nicht einmal eine konstante Nachfrage vorhergesehen werden. Marktschwankungen haben in dieser labilen Situation einen erheblichen Einfluss auf das Einkommen von Millionen Kleinbauern, aber auch auf die Nahrungssicherheit der armen Bevölkerungsgruppen, deren Hauptnahrungsmittel Reis ist. Schätzungsweise konsumieren die Familien der Reisanbauer etwa die Hälfte der Weltreisemenge. Die wichtigsten Produktionsländer sind daher auch nicht identisch mit den wichtigsten Exportländern, wie aus Tabelle 1 hervorgeht.

Tab. 1: Die wichtigsten Reis produzierenden und exportierenden Länder der Welt (2002)

Land	Reisproduktion in 1000 t	Reisexport in 1000 t	Anteil am Welt- export in %
China	176.553	2.068	7,5
Indien	116.580	5.053	18,4
Indonesien	51.604	4	<0,1
Bangladesch	38.134	0,5	<0,1
Vietnam	34.064	3.241	11,8
Thailand	25.945	7.338	26,8
Myanmar	21.900	730	2,7
Philippinen	13.271	2	<0,1
Japan	11.111	24	<0,1
Brasilien	10.489	30	0,1
USA	9.569	3.267	12,0
Pakistan	6.343	1.684	6,2
Ägypten	5.600	464	1,7
Italien	1.371	593	2,2
Australien	1.275	330	1,2

Quelle: FAO, <http://www.fao.org>, im April 2003

Große Teile der Bevölkerung in den asiatischen Produzentenländern sind direkt oder indirekt vom Erfolg oder Misserfolg der Reisernte betroffen. Die Höhe der Löhne richtet sich im Wesentlichen nach dem Reispreis für die Verbraucher auf den lokalen Märkten. Aufgrund der immensen Bedeutung von Reis halten deshalb viele asiatische Regierungen die Preise für das Grundnahrungsmittel Reis verhältnismäßig niedrig. Das bedeutet, dass der

Reis



Reis ist weltweit das wichtigste Nahrungsmittel.



Reis

Welthandel mit Reis dort in hohem Maße von staatlichen Direktiven abhängig ist und auch der Anbau häufig durch Anbauberatung, Vermarktungshilfen etc. staatlich gefördert wird. Dennoch ist die Situation für viele kleinbäuerliche Reisproduzenten in Asien nicht ganz einfach. Typisch sind dort Kleinbetriebe mit Flächengrößen von 0,2–2 ha, die durch Pachtbesitz und viel Handarbeit gekennzeichnet sind. Unsichere Pachtverträge und hohe Naturalabgaben verhindern Investitionen für die Verbesserung der Anbauflächen durch Boden erhaltende Maßnahmen. Durch die Ausgaben für den Lebensunterhalt der Familie und die laufenden Kosten für den Reisanbau sind viele asiatische Kleinbauern hoch verschuldet. Die Rückzahlung der Kredite erfolgt oftmals mit ungeschältem Reis (Paddy) oder in bar unmittelbar nach der Ernte, wenn die Reispreise am niedrigsten sind. In Thailand beispielsweise verdoppelt sich der Reispreis, sobald der Kleinbauer ihn verkauft hat.

Staatliche Eingriffe in der Reisproduktion gibt es aber auch in den USA, die mit 12% Weltmarktanteil drittgrößter Exporteur sind. Die Betriebsstrukturen sind hier völlig verschieden von den asiatischen. Beispielsweise stammt die Hälfte der amerikanischen Produktion von Feldern mit mehr als 200 ha Größe, ein Fünftel stammt von Feldern, die größer sind als 400 ha. Die auf wenige Farmer und Nahrungsmittelkonzerne konzentrierte äußerst kapitalintensive Produktion erhält zudem finanzielle Unterstützung durch Exportförderprogramme der amerikanischen Regierung. Billigreis aus den USA unterbietet die Preise des einheimischen Reises in vielen armen Ländern und schwächt den ohnehin geringen Anreiz zur Produktionssteigerung.

Reis als Beispiel für die Grüne Revolution

Um dem Mangel an Grundnahrungsmitteln in den so genannten Entwicklungsländern zu begegnen, wurde ab Mitte der sechziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts die *Grüne Revolution* eingeleitet - eine Entwicklung in der Landwirtschaft, die den Einsatz komplexer landwirtschaftlicher Technologien propagierte. Das Maßnahmenpaket umfasste unter anderem den Einsatz chemischer Pflanzenschutz- und industriell hergestellter Düngemittel und eine weitgehende Mechanisierung der Landwirtschaft. Ergänzend gehörten Verbesserungen im Bewässerungswesen, Landreformen und Kreditprogramme dazu.

Grundvoraussetzung für die *Grüne Revolution* war vor allem die Neuzüchtung so genannter Hohertragssorten (HYV = High Yielding Varieties) durch das INTERNATIONAL RICE RESEARCH INSTITUTE (IRRI) auf den Philippinen. Mehr und mehr verdrängten diese modernen Sorten die traditionellen Reissorten: von einstmalen 30.000 traditionellen indischen Sorten¹ sind heute noch 15 im Anbau. Die HYV – Sorten können ihr verbessertes Ertragspotential allerdings nur unter optimalen Anbaumethoden entfalten. Das schnellere Wachstum der Hohertragssorten erlaubt in Gebieten mit ausreichenden Bewässerungsmöglichkeiten drei bis vier Anbauperioden im Jahr und bietet so ideale Voraussetzungen für den Befall durch Schädlinge. Besonders die Braune Reiszikade wurde so zu einer gefürchteten Plage, die den ständigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln notwendig machte und zu Resistenzen beim Schädling führte.

Neben ökologischen Beeinträchtigungen verursachte die *Grüne Revolution* auch soziale Probleme in vielen asiatischen Ländern: nur wer überdurchschnittlich gut mit Kapital und Boden ausgestattet war und leichten Zugang

¹ in den alten indischen Veden werden sogar mehrere Hunderttausend Sorten beschrieben

In Thailand verdoppelt sich der Reispreis, sobald der Kleinbauer ihn verkauft hat.

Von einstmalen 30.000 traditionellen indischen Sorten sind heute noch 15 im Anbau

zu kontrollierter Bewässerung und Schädlingsbekämpfungsmitteln hatte, profitierte von der neuen Produktionstechnik. Dies waren in der Regel Großbauern. In ihrem Bemühen um rasche Erfolge der *Grünen Revolution* unterstützten auch die staatlichen Beratungsdienste und ausländische Entwicklungsexperten vor allem die wirtschaftlich und politisch potenten Großbauern. In Folge dessen wurden die Kleinbauern als Pächter regelrecht vertrieben, denn für die Großgrundbesitzer war es durch die Möglichkeiten der Mechanisierung nun einfacher und profitabler geworden, ihr Land selbst zu bewirtschaften.

Zweifelsohne erhöhte die *Grüne Revolution* die Produktionsmengen durch Ertragssteigerungen und mehrfache Ernten im Jahr. Die verbesserte Selbstversorgung mit Reis führte in einigen Regionen zu zusätzlichen Möglichkeiten für die Kleinbauern, ihre Produktion zu diversifizieren. Vor allem aber profitierten Konsumenten der ärmeren Bevölkerungsschichten von dem höheren und auch billigeren Nahrungsmittelangebot. Die Grenzen einer derartigen intensiven Landwirtschaft liegen jedoch in den sich verknappenden Ressourcen (Rohstoff- und Energievorräte) - dies gilt natürlich im gleichen Maße für die intensive Landwirtschaft in den Industrieländern.

Trotz der negativen Erfahrungen soll nun die *Grüne Revolution* in Westafrika neu aufgelegt werden: Anfang 2001 stellte der Westafrikanische Reisentwicklungsverband WARDA² die Reissorte *Nerica* (New Rice for Africa) vor. Dieser Reis ist eine Kreuzung aus verschiedenen afrikanischen und asiatischen Reissorten, die laut WARDA mit sehr wenig Düngemittel auskommt und widerstandsfähig gegen Dürre, Krankheiten und Schädlinge ist. Der Reis soll besonders proteinreich sein und dabei den Geschmack alter afrikanischer Reissorten besitzen. Er kann auch auf sauren Böden angebaut werden, benötigt 30 bis 50 Tage weniger Reifezeit und bringt dabei bis zu 50% höhere Erträge als andere Sorten. An der Züchtung der Reissorte *Nerica* waren – anderes als bei den philippinischen Arbeiten - afrikanische Bauern beteiligt, die auf den Versuchsfeldern die nach ihren Erfahrungen am besten geeigneten Pflanzen auswählten. Welche Auswirkungen die Züchtung und der Anbau einer solchen Reissorte letztendlich hat, bleibt abzuwarten. Zu befürchten ist auch hier ein Verlust der Sortenvielfalt und eine neue Abhängigkeit der Kleinbauern von den Saatgutlieferanten. *Nerica* soll in Zukunft weltweit allen Reisproduzenten zur Verfügung stehen.

Patentrechte an Reissorten

Ursprünglich ist Basmati-Reis, die „Königin der Düfte“, auf den Hängen des Himalaya-Gebirges und in der Kaschmir-Region beheimatet. Dort wird er seit zahlreichen Generationen von Bauern des Punjabs kultiviert, durch Auslese in seinen Eigenschaften verbessert und auf Krankheitsresistenz selektiert. Im September des Jahres 1997 erhielt die Firma RiceTec in Alvin/Texas vom USPTO³ ein Patent auf eine Kreuzung aus einem amerikanischen Langkornreis und 22 verschiedenen Basmati-Reissorten. Die Firma erwarb das Recht, neu entwickelte Reissorten unter dem Namen Basmati weltweit anzubauen und zu vertreiben. Das Patent umfasste ursprünglich 20 Unterpatepte. Nach seiner Veröffentlichung gab es Einsprüche der

Reis



Die Grenzen einer intensiven Landwirtschaft liegen in den sich verknappenden Ressourcen.

² Die "West Africa Rice Development Association" (WARDA) entstand 1971 mit Hilfe des United Nations Development Programmes (UNDP), der Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) und der Economic Commission for Africa (ECA). WARDA hat 17 afrikanische Mitgliedsstaaten.

³ Das "United States Patent And Trademark Office" (USPTO) ist das US-amerikanische Patentamt.



Reis

Mittels Gentechnik wurde an der Universität Florida eine neue Reissorte kreiert – eine Bedrohung für die thailändischen Bauern.

indischen Regierung und massive Proteste von unzähligen indischen Reisbauern. Die Vermarktung von Basmati-Reis stellt für Hunderttausende indische Kleinbauern die wichtigste Einkommensquelle dar, denn mehr als 80% der Reisernte werden exportiert, allein 10-12% davon in die USA. Im Jahr 1998/99 betragen die Exporterlöse 425 Mio. US-Dollar.

Durch den weltweiten Druck einer engagierten und interessierten Öffentlichkeit gegen den Besitzer der Firma RiceTec, Fürst Hans Adam von und zu Lichtenstein, gelang es im August 2001, die Aussetzung von 13 der ehemals 22 Patentansprüche durchzusetzen. RiceTec hatte im Jahr 2000 bereits auf vier relativ unbedeutende Unterpatente verzichtet, so dass zurzeit nur noch Ansprüche auf fünf spezielle Reissorten erhoben werden können.

Gleichzeitig kreierte RiceTec als Kopie des berühmten Jasmin-Reises aus Thailand eine neue Reissorte namens Jasmati aus italienischen und amerikanischen Reissorten. Der Name des beliebten Duftreises wurde imitiert und an der Sorte Hom Mali im Zuge eines Forschungsvorhabens der Universität Florida gentechnische Veränderungen hervorgerufen. Jasminreis bestreitet 25% der thailändischen Reisexporte und wird zu 90% in die USA geliefert. Um diesen beliebten Reis selbst produzieren zu können, finanziert das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium Forschungsaktivitäten, die mit Hilfe von Gammastrahlung Genmutationen hervorrufen und damit eine frühere Reife und kürzere Erntezyklen ermöglichen. Dadurch könnte die USA beachtliche Anteile für Duftreis auf dem Weltmarkt und damit beträchtliche Gewinne erwirtschaften – die thailändischen Bauern, die die Reissorte Jahrhunderte lang gezüchtet und kultiviert haben, gehen leer aus.

Geistige Eigentumsrechte sind zurzeit zweifellos einer der umstrittensten Punkte der Nord-Süd-Problematik. Hierunter fallen Regelungen zum Zugang zu genetischen Ressourcen und zu einem angemessenen Vorteilsausgleich für die Geberländer der südlichen Hemisphäre. Während die TRIPS⁴ der WTO nur die private Aneignung von genetischen Ressourcen durch Patente kennt und keinen Vorteilsausgleich der Geberländer vorsieht, erkennt die Konvention über Biologische Vielfalt (CBD)⁵ auch gemeinschaftliche Rechte an diesen Ressourcen an und regelt die Rechte der Bauern und Bäuerinnen. Die WTO sieht hingegen bis jetzt noch keine finanzielle Entschädigung und Vergütung für Bauern vor. Diverse, auch von der EU-Kommission anerkannte Studien belegen, dass das TRIPS Abkommen der WTO nicht zu einer gerechten Verteilung der Handelsvorteile beiträgt.

⁴ Das "Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights" (TRIPS) regelt den internationalen Umgang mit fast allen Instrumenten zum Schutz geistigen Eigentums. Es umfasst u. a. Regelungen zum Urheberrecht, Marken, Patenten etc. Es ist seit 1.1.1995 in Kraft und für alle 142 WTO-Mitgliedsstaaten völkerrechtlich bindend.

⁵ Die "Convention on Biological Diversity" (CBD) ist ein Beschluss der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 zum Schutz der Biologischen Vielfalt.

Literatur

- BUKO Agrar Koordination (Hrsg.), 2003: BUKO Agrar Dossier, No. 26, Reis, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO Agrar), <http://www.buko.info/>, 20.8.03
- European Fair Trade Association (EFTA), URL: <http://www.eftafairtrade.org>, 22.3.2003
- Food and Agricultural Organization (FAO), 2003: Homepage der FAO, URL: <http://www.fao.org>, April 2003, Rom
- Fürmetz, Anton, 2002: Zusammenhänge zwischen dem TRIPS-Abkommen und der genetischen Vielfalt unserer Kulturpflanzen, in: Biologische Vielfalt, BUKO Agrar Dossier 25, Forum für Internationale Agrarpolitik, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Hees, Wolfgang, 2001: Unterwegs gegen den Einheitsfraß; in: BUKO Agrar Info Nr. 103, Juni 2001, Forum für Internationale Agrarpolitik, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Knirsch, Jürgen, 2001: Auf dem falschen Trip – Patente, TRIPS und die WTO; in: BUKO Agrar Koordination (Hg.), Agrar Info Nr 100, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Piras, Elisabeth, 1999: Reis- eine neue Herausforderung für den Fairen Handel!, in: BUKO Agrar Koordination (Hg.), Nr.87, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Ramseyer, Urs, 1988: Reis - Konsequenzen des Geschmacks; Herausgeber: Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (gepa) und dem Museum für Völkerkunde und dem schweizerischen Museum für Volkskunde Basel, Edition diá, St. Gallen / Köln / Sao Paulo, 115 S.
- Rehm, Sigmund (Hrsg.), 1989: Spezieller Pflanzenbau in den Tropen und Subtropen, Band 4, Verlag Eugen Ulmer GmbH & Co., Stuttgart, 653 S.
- Rural Advancement Foundation International (RAFI), The Basmatic Rice Patent, Gen Types, 01.04.1998, heute: Action Group on Erosion, Technology and Concentration (ETC) <http://www.etcgroup.org>, Juni 2003
- Scheewe, Winfried, 1993: Zum Beispiel Reis, Süd - Nord Reihe, Band 147, Lamuv Verlag, Göttingen, 111 S.
- West Africa Rice Development Association (WARDA), URL: <http://www.warda.org>, Juni 2002
- Wolff, Karsten, 2002: The New Killing Fields – Angriff auf ein Grundnahrungsmittel, BUKO
- Wullweber, Joscha, 2001: Biopiraterie unter dem Deckmantel des TRIPS-Abkommen der WTO; Projektarbeit an der Uni Hamburg, Fachbereich Biologie, Oberseminar der Politischen Wissenschaften

Reis



Bananen (*Musa x paradisiaca* L.)

Drei Namen sind untrennbar mit dem Wort Banane verbunden: Chiquita, Dole und Del Monte. Dahinter stehen multinationale Unternehmen, die seit etwa 100 Jahren Produktion wie Vermarktung von Bananen nahezu monopolisiert haben. Chiquita – ehemals United Brands – ist Marktführer bei Bananen und Dole (ehemals Standard Fruit) Marktführer bei Gesamt-Frischobst. Del Monte gehört dem arabischen Familienimperium IAT mit Sitz in der Steueroase Cayman Islands und ist Marktführer bei Konserven. Zu diesen drei gesellt sich noch die weltweit auf dem Fruchtmarkt agierende Firma Fyffes.

Der Aufbau der Vormachtstellung dieser Konzerne begann Ende des 19. Jahrhunderts, als nordamerikanische Geschäftsleute begannen, Bananen mit lukrativen Gewinnen auf den dortigen Markt zu bringen. Unter dem Einfluss der Konzerne verwandelten sich die Produktionsflächen in Mittelamerika in Monokulturen auf Zehntausenden von Hektar Land und aus Bauernfamilien entstand eine Art Arbeiterproletariat. Die lückenlose Kontrolle der Bananenwirtschaft - vom Besitz der Plantagen, Bewässerungsanlagen, Elektrizitäts- und Trinkwasserversorgung bis zu den Telefon- und Telegrafennetzen, Eisenbahnlinien, Häfen und Schiffen - schaffte Abhängigkeit auf allen Ebenen. Durch die einseitige Wirtschaftsstruktur Zentralamerikas, die bis heute auf die Produktion von Export-Bananen ausgerichtet ist, konnten die Fruchtkonzerne unter Einsatz von Korruption, Militärgewalt und Unterdrückung die Politik von Regierungen bestimmen. Gewinne wurden in der Regel aus den Produktionsländern abgezogen und ins „Mutterland“ transferiert. Ein früherer Funktionär der UNION BANANENEXPORTIERENDER LÄNDER (UPEB) hat die Grundprinzipien, nach denen alle transnationalen Fruchtkonzerne agieren, so beschrieben:

- die Gewinne auf Weltebene maximieren, ohne Rücksicht darauf, in dem einen oder anderen Land oder in irgendeiner bestimmten Unternehmung Verluste zu erleiden.
- über Quellen und Hilfsmittel finanzieller, technischer und administrativer Art zu verfügen, die von einem Land zum anderen, von einem Unternehmen zum nächsten bewegt werden können.
- auf die Politik der Länder Einfluss zu nehmen, was auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht auch gelingt, zumal mit Unterstützung der "Mutterländer", im Fall der Bananen also mit der USA.

Nach diesem Muster haben die Bananenkonzerne im Laufe der letzten Jahrzehnte ihr Aktionsfeld ständig durch Fusionen mit anderen großen Firmen erweitern können. Alle oben genannten Konzerne sind heute in Produktion und Verkauf von Bananen über Fleisch, von Öl bis zur Seife, von Immobilien über Plastik bis zu Zigaretten und Elektronik weltweit tätig. Im Laufe der Zeit expandierten die Bananenkonzerne oder zogen sich zurück, je nach politischer oder ökonomischer Notwendigkeit. Mitte der achtziger Jahre beispielsweise wirkte die Reaktion Nicaraguas auf das Handelsembargo der USA stimulierend auf viele andere Produktionsländer. Nicaragua suchte sich einen neuen Markt in Europa. Auch in Costa Rica, später auch in Honduras und Panama, gab es etliche Versuche, sich aus der Abhängigkeit der transnationalen Konzerne zu lösen. Diese Bewegung unter den Produzenten, die beginnende Öffnung der osteuropäischen Märkte und die Absatzerwartungen im bevorstehenden einheitlichen EU-Binnenmarkt veranlassten die transnationalen Konzerne, sich mehr eigene Plantagen zu schaffen. Ende der achtziger Jahre begannen sie Land aufzukaufen von Kooperativen in Honduras, von kleinen Produzenten in Costa Rica und von

Lückenlose Kontrolle der Bananenwirtschaft durch multinationale Unternehmen schaffte auf Seiten der Bauernfamilien Abhängigkeit auf allen Ebenen.

staatlichen Plantagen in Panama. In Costa Rica verdoppelte sich beispielsweise in dieser Expansionsphase die Produktionsfläche der transnationalen Konzerne von etwa 22.000 ha auf fast 50.000 ha. Die damit provozierte Überproduktion führte in den Jahren 1991/92 zu einem Preisverfall in den Konsumentenländern.

Seit Mitte der 90er Jahre haben die multinationalen Konzerne im Zuge der Diversifizierungspolitik große Teile ihres früheren Landbesitzes an private, nationale Produzenten oder die Länder selbst zurückgegeben, so z.B. mehr als 100.000 ha in Honduras und 40.000 ha in Costa Rica und Panama, weil ihnen die Produktion sozial zu teuer und politisch wie wirtschaftlich zu riskant wurde. Eine stetig wachsende Überproduktion, die laufende Verteuerung der in großen Mengen benötigten Pestizide und Düngemittel, die permanente Bedrohung durch Naturkatastrophen und nicht zuletzt die zunehmenden Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften - soweit diese überhaupt zugelassen sind - hatten die Rentabilität drastisch sinken lassen. Mit dem Rückzug aus der Produktion haben die multinationalen Konzerne den wohl risikoreichsten Teil des Bananengeschäftes abgegeben. Vermarktung und Handel, also die Bereiche, in denen auch Gewinne zu machen sind, liegen jedoch immer noch in Konzernhand. Die so genannten unabhängigen Produzenten sind nun durch enge Verträge an die jeweiligen Konzerne gebunden.

Die Abhängigkeit einiger Länder vom Bananenexport macht Tabelle 2 deutlich. Sie zeigt, dass die lateinamerikanischen Länder zwar nicht die größten Bananenproduzenten sind, jedoch teilweise einen großen Anteil am Weltbananenexport haben. Wie abhängig ein Land jedoch letztendlich wirklich von der Bananenproduktion ist, lässt sich am Anteil des Exporterlöses für Bananen ablesen, gemessen am Gesamtexporterlös eines Landes. Ecuador produziert beispielsweise nicht halb soviel Bananen wie Indien, seine Exporte haben aber einen Anteil von etwa 25% am gesamten Welt-Bananen-Markt und bringen dem Land mehr als 17% seiner Deviseneinkünfte.

Die Konzerne haben sich aus der Produktion zurückgezogen, verwalten jedoch die gewinnbringenden Bereiche Vermarktung und Handel.

Tab. 2: Wichtige Bananenproduzenten, ihr Export und der jeweilige Anteil am nationalen Gesamtexport (=Deviseneinkünfte) im Jahr 2001

Land	Produktion (in 1000 t)	Export (in 1000 t)	Anteil am Weltexport (in %)	Anteil am nationalen Gesamtexport (in %)
Welt	67.941	14.116	100,0	
Indien	16.450	8	<0,1	<0,1
Brasilien	6.177	105	0,7	<0,1
Ecuador	6.077	3.524	25,0	17,7
China	5.477	39	0,3	<0,1
Philippinen	5.061	2.129	15,1	0,9
Costa Rica	2.130	1.959	13,9	10,0
Mexiko	1.983	65	0,5	<0,1
Thailand	1.750	5,5	<0,1	<0,1
Kolumbien	1.375	1.344	9,5	3,0
Uganda	973	1.075	7,6	0,1
Guatemala	898	874	6,2	7,5
Kamerun	630	254	1,8	2,7
Panama	489	426	3,0	13,4

Quelle: FAO, <http://www.fao.org>; Statistisches Bundesamt, <http://www.destatis.de>, April 2003, eigene Berechnungen

Weltmarkt und EU Bananenordnung

Bis zur Errichtung des Europäischen Binnenmarktes erhielt die BRD durch das Zusatzprotokoll der *Römischen Verträge*⁶ von 1957 Sonderkonditionen im Bananenhandel: die zollfreie Einfuhr von Dollarbananen aus Lateinamerika und die jährliche Anpassung des zollfreien Einfuhrkontingentes an den tatsächlichen Bedarf waren möglich. Andere EU-Länder wie Spanien und Griechenland hatten entweder eigene Bananen oder bezogen wie Frankreich zollvergünstigte Bananen aus den AKP⁷-Staaten. Außerhalb von Deutschland mussten lateinamerikanische Dollarbananen mit 20% verzollt werden und waren damit auch entsprechend teuer.

Der EU-Binnenmarkt schuf 1993 einen einheitlichen, kontingentierten Bananenmarkt für alle Mitgliedsstaaten. Im Handel waren etwa 20% „Gemeinschaftsbananen“, die aus den EG-Staaten stammten, alle darüber hinaus nachgefragten Bananen wurden bevorzugt als „AKP-Bananen“ aus meist kleinbäuerlichen Betrieben zollfrei importiert. Ein Kontingent von 2 Mio. t Drittlands⁸- oder Dollarbananen wurden mit 20% Zoll belegt. Alles, was darüber hinaus noch aus diesen Drittländern importiert wurde, erhielt einen höheren Zoll. Ziel der neuen Bananenordnung war es somit, die Marktbe-

⁶ Durch die *Römischen Verträge* wurde 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet.

⁷ 69 Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik, welche durch den Abschluss der Lomé - Verträge mit der EU besondere Bedingungen in den Bereichen Handel, Industrie und Landwirtschaft erhalten

⁸ "nicht EU-Länder" und "nicht AKP-Staaten"; hier: besonders mittelamerikanische bananenproduzierende Länder

Die sich stetig ändernde Bananenordnung berücksichtigt immer weniger die besondere Situation der AKP-Staaten.

dingungen für Bananen aus EU- und AKP-Staaten zu verbessern, da die strukturellen und geographischen Besonderheiten vieler AKP-Staaten eine konkurrenzfähige Produktion gegenüber den lateinamerikanischen Ländern nicht zulassen. Lateinamerikanische Dollarbananen werden unter sehr geringen Produktionskosten erzeugt, ihre Marktpreise enthalten nicht die ökologischen und sozialen Folgekosten der konventionellen Produktionsweise. Sie sind nur etwa halb oder sogar nur ein Drittel so teuer wie AKP Bananen. Trotz der verordneten Präferenz für Bananen aus AKP-Ländern hatte sich deren Absatz in der EU zwischen 1993 und 1998 halbiert und der Marktanteil für lateinamerikanische Dollarbananen weitete sich auf rund 80% aus.

Nach Angaben der Fruchtkonzerne führte die EU-Bananenordnung zu einer Verschärfung der schlechten wirtschaftlichen Lage der lateinamerikanischen Produzenten und den amerikanischen Handelsunternehmen. Chiquita musste beispielsweise Konkurs anmelden. Der Fall kam im Jahre 2001 vor das WTO⁹ Schiedsgericht, welches entschied, dass die USA die EU als Ausgleich für die Handelshemmnisse gegenüber den Dollarbananen mit jährlichen Strafzöllen in Höhe von 440 Mio. US \$ belegen darf.

Kaum praktikierbar ist das seit 2001 in der EU bestehende „Windhundsystem“. Dieses teilt den Importeuren ein bis zwei Wochen vor der Einfuhr Bananenquoten zu. Unabhängig von der Herkunft dürfen jährlich 3,4 Mio. t Bananen in die EU importiert werden. Erst wenige Tage vor dem Zuteilungstag können die Importeure bei den Behörden einen Antrag auf Erteilung einer Einfuhrgenehmigung stellen. Übersteigen die angemeldeten Mengen das Kontingent, werden alle Anträge gekürzt. Laut mündlicher Mitteilung von Rudi Pfeiffer, BanaFair, wird das Windhundverfahren jedoch nicht praktiziert. Nach EU-Verhandlungen 2001 sieht die Bananenordnung ein modifiziertes Lizenz-Verfahren vor, das bis 2005 gelten soll. Danach erhalten die AKP-Staaten ein zollfreies Kontingent von 750.000 Mio. t Bananen im Jahr. 2,5 Mio. t Dollarbananen sind auf dem gemeinsamen Markt zugelassen. Es gibt nur noch Einfuhrlizenzen für Importeure, die im Referenzzeitraum 1994-1996 Bananen als „Erstimporteure“ in die EU geliefert haben. Ab 2006 wird der Import von Bananen in die EU nur noch über Zölle geregelt, Mengenbeschränkungen fallen ganz weg. Ab 2006 ist nach den Regeln der WTO mit einer neuen, weltweit gültigen Verordnung zu rechnen, die einen einheitlichen Zollsatz für alle Bananenimporte festlegt. Die WTO gewährt keine Handelsvorteile für eine nachhaltige und/oder sozial verträgliche Produktion. Sie steht damit im Kontrast zu Regelwerken wie dem Lomé –Abkommen oder der UNCTAD¹⁰.

Die Arbeitsbedingungen

Die Bananenplantagen in den mittelamerikanischen Ländern liegen alle im heißen und feuchten Küstenbereich des Pazifischen und Atlantischen Ozeans, fast immer weit entfernt von bewohnten Gegenden. Bis in die fünfziger Jahre hinein waren die Lebensbedingungen in den Plantagen für die Menschen katastrophal. Miserable Löhne, kaum medizinische Versorgung und völlig unzureichende Ernährung bewirkten, dass viele Frauen und Männer starben. Im Laufe der letzten Jahrzehnte verbesserte sich diese Situation

⁹ WTO: World Trade Organisation oder Welthandelsorganisation mit Sitz in Genf

¹⁰ UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development, seit 1964, auf Anregung der Entwicklungsländer entstanden, zur Förderung von Entwicklung durch Welthandel, Sitz in Genf

ein wenig, vor allem dank starker Gewerkschaften, die sich trotz jahrelangen Widerstandes der Fruchtkonzerne gebildet haben.

Die Menschen kommen auf der Suche nach Arbeit oft von weit her in die Plantagen. Sie wohnen meist in Barackensiedlungen in der Nähe der Verpackungsstationen und erhalten selten feste Arbeitsverträge. Die Bananengesellschaften sparen somit die Sozialbeiträge und versuchen ein "politisches Wohlverhalten" der Arbeiter zu erzielen, da sie ansonsten deren Arbeitsverträge nicht verlängern. Außerdem müssen sich Arbeitnehmer häufig dazu verpflichten, den so genannten "Solidarismo" beizutreten, dies sind Arbeitervereinigungen, die vom Management finanziert werden und die Arbeitsbedingungen in deren Sinne aushandeln. Es kam beispielsweise vor, dass die Plantagen alle Arbeiter entließen und sie dann wieder zu verringerten Löhnen einstellten. Oft müssen die Plantagenarbeiter 12 Stunden und mehr täglich arbeiten, zu manchen Zeiten gibt es keinen arbeitsfreien Tag in der Woche.

Auch die Plantagenbesitzer leben nicht ohne Zwänge: sie müssen ihre Früchte zu Festpreisen an die Handelsunternehmen abgeben, zum Teil in Kommission, ohne jeden Einfluss auf Menge und Preis. Diese Kontrakte erlauben den Konzernen große Flexibilität beim Ankauf der Bananen, ein schnelles Wechseln von Produktionsstandorten und/oder Umstellungen im Sortiment und somit eine Kostenreduzierung und Gewinnmaximierung.

Chemieeinsatz

Der hohe Chemieeinsatz in der Bananenproduktion erschwert die Arbeitsbedingungen zusätzlich und verursacht viele Krankheiten bei den Plantagenarbeitern. Ohne den massiven Einsatz von Chemie müssten die multinationalen Konzerne einen hohen Befall mit Schädlingen und Krankheiten in den Monokulturen befürchten. Zudem macht die Nachfrage in den Konsumentenländern nach optisch einwandfreien Bananen weitere chemische Behandlungen der Bananen notwendig, pro Anbauzyklus werden deshalb bis zu 40 Spritzungen verabreicht. Allein in Costa Rica werden jährlich 3 Mio. kg Düngemittel und 1,2 Mio. kg Pestizide ausgebracht, das sind 45 kg Pestizide pro ha und Jahr. Der Verbrauch liegt weit über dem anderer mittelamerikanischer Länder und ist achtmal so hoch wie der Welt-durchschnitt. Für die gesamte konventionelle Landwirtschaft in Deutschland geht man von einer verwendeten Menge von 4 kg Pestiziden pro Hektar und Jahr aus.

Dadurch verdienen vor allem Chemiekonzerne an der Bananenproduktion indirekt mit. Dieser Pestizideinsatz hat weitreichende Auswirkungen: Frauen, die in Packstationen arbeiten, erkranken doppelt so häufig an Leukämie und haben doppelt so viele behinderte Neugeborene wie Frauen, die woanders arbeiten.

In vielen mittelamerikanischen Bananenplantagen hat der Einsatz von DBCP¹¹, einem Nematizid der US-Firma DowChemicals mit dem Namen Nemagon, viele Bananeros schwer geschädigt. Nachdem die costaricanische Regierung die Einfuhr und den Gebrauch des Pestizides untersagt hatte, erklärte sich der anwendende Konzern, Standard Fruit (Dole), bereit, auf die weitere Ausbringung von DBCP zu verzichten. Die Restbestände von etwa 180.000 l des Pestizids wurden danach im Nachbarland Honduras weiter verwendet. 1993 kam es zu einer Klage von mehr als

¹¹ DBCP= 1,2-Dibrom-3-Chlorpropan, Handelsname Nemagon, ein nematizid wirkendes Vergasungsmittel, insbesondere für tropische Gebiete geeignet, seit 1954 bekannt

Oft müssen die Plantagenarbeiter 12 Stunden und mehr täglich arbeiten, zu manchen Zeiten gibt es keinen arbeitsfreien Tag in der Woche.

Extrem hoher Pestizideinsatz schädigt Menschen und Umwelt.

25.000 lateinamerikanischen und asiatischen Plantagenarbeitern gegen US-amerikanische Chemiekonzerne sowie gegen Dole, Chiquita und Del Monte. Angesichts hoher Gerichtskosten strebten DowChemicals, Shell und Occidentals einen Vergleich an und erklärten sich bereit, 95 Mio. US Dollar an alle geschädigten Personen zu zahlen. Nach einer Schadensklage erhielten die Arbeiter aus Costa Rica höchstens 4.000 US - Dollar pro Schadensfall – kalifornische Arbeiter, die dieselben Vergiftungen aufwiesen, erhielten 1 Mio. US Dollar pro Person.

Schätzungen vom EARTH College¹² ergaben, dass von allen Spritzungen 15% der Flüssigkeit durch Abdrift verloren gehen, 40% auf dem Boden landen, von wo aus sie ins Grundwasser gelangen und 35% vom Regen ausgewaschen und in die Vorfluter verfrachtet werden. Die Flüsse transportieren die Pestizide ins Meer, wo Fische, Hummer und die für die Ökologie der Meere wichtigen Korallenriffe absterben. So wird auch die Lebensgrundlage vieler Fischer vernichtet, die dann wiederum dazu gezwungen sind, auf den Bananenplantagen zu arbeiten. Mittlerweile sind Pestizide oftmals im Trinkwasser nachweisbar.

Der Produktion von 1 kg Bananen stehen 2 kg Müll gegenüber, ein Großteil davon ist organischer Herkunft. Diese Abfälle werden zumeist weder kompostiert noch als Dünger genutzt. Der weitaus gefährlichere Teil des entstehenden Mülls jedoch sind mit Pestiziden behaftete Plastiksäcke, Plastikschnüre und Schaumstoffe, die in der Produktion gebraucht werden und meist ungehindert in die Umwelt gelangen, wo sie zu Todesfallen für Meeres- oder Flusstiere werden können.

Je nach Bodenfruchtbarkeit und Chemieeinsatz haben Plantagen eine Lebensdauer von bis zu 30 Jahren. Danach ist der Boden vergiftet, erschöpft und ausgelaugt, so dass dieses Land für eine landwirtschaftliche Nutzung kaum mehr in Frage kommt. Die Bananenproduktion benötigt für eine gleich bleibende Produktionsmenge dementsprechend große Landreserven. Dies ist letztendlich auch eine wichtige Ursache für die Rodung noch unberührter tropischer Regenwälder– was im Falle Zentralamerikas besonders verheerend ist, weil diese Region zu den „hot spots“¹³ der Erde gehört.

Die Bodenfruchtbarkeit ist nach 30jähriger Plantagenbewirtschaftung zerstört, eine weitere landwirtschaftliche Nutzung nicht möglich.

Literatur

Ahlers, 2001: Sensation aus Brüssel: Bananen-Windhundverfahren ist vom Tisch; Wolfgang Ahlers, www.atlanta.de; vom 11.5.03

BanaFair, 2000: Infoheft Banane, Langgasse 27, Postfach 1158, 63571 Gelnhausen

Bananenbündnis '92 (Hrsg.), 1992: Bananen und Binnenmarkt 1992, Kontaktadresse c/o BanaFair e.V., Gelnhausen, Langgasse 27, Postfach 1158, 63571 Gelnhausen

Brunner, Ursula; Pfeifer, Rudi, 1993: Zum Beispiel Bananen, Süd-Nord Reihe, Band 144, Lamuv Verlag, Göttingen, 112 S.

EFTAFAIRTRADE, 2003: <http://www.eftafairtrade.org>, Internetmeldung vom 25. März 2003

Food and Agricultural Organization (FAO), 2002: Homepage, URL: <http://www.fao.org>, Januar 2002, Rom

¹² Escuela de Agricultura de la Región Tropical Humeda

¹³ Regionen mit besonders hohem Artenreichtum und höchster Biodiversität

- Grießhammer, Rainer; Burg, Claudia, 1989: Wen macht die Banane krumm – Kolonialwarengeschichten, Rowohlt Taschenbuchverlag, Hamburg, 282 S.
- Handelsblatt, 2001: EU einigt sich mit USA über neue Bananenordnung, Handelsblatt vom 11. April 2001, Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf
- Hirsch, Thomas, 2000: Freier oder Fairer Handel – EU-Bananenpolitik zwischen Liberalisierung und Regulierung; in: BUKO Agrar Dossiers 22: Bananen, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Holt, Uwe, 1993: Bei der Bananen-Frage genauer hinsehen – Zur Notwendigkeit einen Ausgleich divergierender Interessen zu erreichen- , in: epd-Entwicklungspolitik, Nr 7, 1993, S. h-i
- Knirsch, Jürgen, 2000: Exportierte Unfruchtbarkeit; in: BUKO Agrar Dossiers 22: Bananen, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Kowalski, Pittscheidt, Rauscheder, 1993: Das Bananen-Komplott, in FOCUS 8/1993, S.112
- Leeb, Frank und Lipper, Hella, 1995: Das krumme Ding – Bananen, Multis und Märkte, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Maráz, László, 2000: Pestizidregen und Plastikmüll; in: BUKO Agrar Dossiers 22: Bananen, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Pfeifer; 2002: Fernmündliche Mitteilung einer Anfrage bei BanaFair im November 2002
- Rehm, Sigmund (Hrsg.), 1989: Spezieller Pflanzenbau der Tropen und Subtropen, Band 4, Verlag Eugen Ulmer GmbH Co., Stuttgart, 653 S.
- TAZ, 2001: Die Bananenseuche, in: die tageszeitung vom 11.01.2001, S. 9, taz-Verlags- und Betriebsgesellschaft GmbH, Berlin
- Thiele, Stefan, 1992: Alles Banane in Costa Rica – Wie selbständige Bananenbauern zu Plantagenarbeitern werden- , in : Blätter des iz3w, Nr. 184, 1992, S. 30-32
- TransFair, Misereor, Brot für die Welt, 2002: Bananen – Materialien für Bildungsarbeit und Mission , Misereor Medienproduktion und Vertriebsgesellschaft, Aachen
- Tschirch, 2000: BGA zur Reform der EU-Bananenmarktordnung: Geplantes Windhundverfahren ist ein fauler Kompromiss; Pressemitteilung des Deutschen Groß- und Außenhandels, www.bga.de Berlin 18.12.2000
- Wegler, R.(Hrsg.),1970: „Chemie der Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel“, Bd.1, Springer Verlag, Berlin, Heidelberg

Kaffee (*Coffea L. sp.*)

Kaffee ist einer der weltweit wichtigsten Exportrohstoffe und in etwa 76 Anbauländern Lebens- und Arbeitsgrundlage von etwa 100 Mio. Menschen, die vom Anbau, der Verarbeitung und dem Vertrieb leben. Insbesondere für Kleinbauern ist der Verkauf von Kaffee oftmals die einzige Geldquelle; für viele Staaten ist der Export von Rohkaffee einer der wichtigsten oder sogar der wichtigste Devisenbringer. Äthiopien erlöste durch den Kaffee-Export im Jahr 2000 noch mehr als 50% seiner gesamten Devisen. 2001 sanken die Einnahmen aus dem Kaffeeverkauf auf 31% der Exporterlöse (vgl. Tab. 3). Dies lag einerseits an der geringeren Erntemenge und den niedrigen Kaffeepreisen und andererseits daran, dass Äthiopien insgesamt weniger exportierte.

Auch für die Ökonomie Kolumbiens ist die Kaffeeproduktion extrem wichtig. Rund 500.000 Familien leben vom Kaffeeanbau und etwa 22% des landwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukts werden durch Kaffee erwirtschaftet. Die Kleinbauern produzieren rund 60% des kolumbianischen Kaffees; die verbleibenden 40% stammen von den großen Kaffeepflanzungen, die zahlenmäßig aber nur einen Anteil von 5% aller Produzenten ausmachen.

Tab. 3: Kaffeeproduktion, - export und Anteil am Gesamtexport des Landes (=Anteil an gesamten Deviseneinkünften) im Jahr 2001

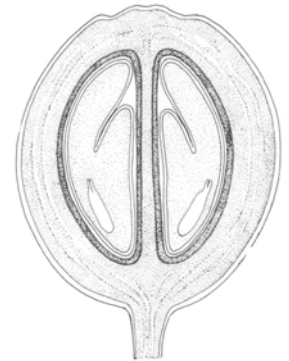
Land	Produktion (in 1000 t)	Export (in 1000 t)	Anteil am Weltexport (in %)	Anteil am nationalen Gesamtexport (in %)
Welt	7.293	5.422	100	
Brasilien	1.820	1.252	23,5	2,1
Vietnam	841	931	17,5	2,6
Kolumbien	656	560	10,5	6,3
Indonesien	527	249	4,7	0,4
Mexiko	303	162	3,1	1,5
Guatemala	276	247	4,6	12,4
Äthiopien	228	80	0,5	30,6
Côte d'Ivoire	260	215	3,4	2,8
Honduras	206	146	2,7	23,9
Uganda	197	110	2,1	11,2

Quelle: FAO, <http://www.fao.org>, 2003 und Statistisches Bundesamt, <http://www.destatis.de>, 2003, eigene Berechnungen

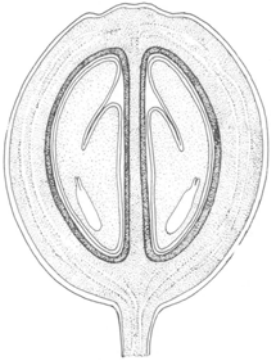
Weltwirtschaft

Der internationale Kaffeemarkt unterlag in den letzten Jahren starken Turbulenzen. Obwohl die Kaffeepreise kontinuierlich sanken, wurde die weltweite Kaffeeproduktion teilweise noch weiter gesteigert und dies trotz eines schon bestehenden großen Überangebots. Im Jahre 2002 erhöhte sich die Produktion von Kaffee gegenüber dem Vorjahr um 5%, es wurden mehr als 7,5 Mio. t Rohkaffee erzeugt. Vor allem Brasilien konnte eine Rekordernte erzielen und seine Erträge um 24% steigern. Seit dem Marktzugang Vietnams hat sich bei gleich bleibender Nachfrage das Angebot ständig erhöht,

Kaffee



In ca. 76 Anbauländern ist Kaffee Lebens- und Arbeitsgrundlage von etwa 100 Mio. Menschen.



Es gibt vier wesentliche Gründe, die die Überproduktion des Kaffees verursachen.

im Jahre 2002 wurden 12 Mio. Sack Kaffee mehr produziert als nachgefragt, so dass für manche Kaffeearten der Weltmarktpreis unter 0,50 US \$ pro lb.¹⁴ lag.

Die Gründe für diese Überproduktion liegen auf der Hand:

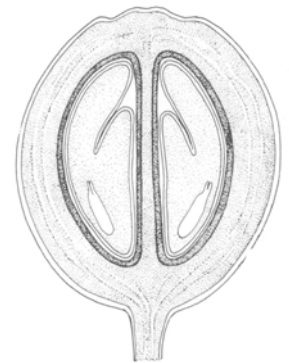
- Viele Länder exportieren Kaffee, um Devisen zu erhalten. Meist verschlingt die Zinszahlung für die Auslandsverschuldung einen beträchtlichen Anteil der Erlöse, erhöhte Exporte sollen dann die Einkünfte erhöhen. Die Anbauflächen werden ausgeweitet und größere Mengen exportiert. Wenn sich viele Anbauländer gleich verhalten, drückt die zunehmende Überproduktion die Preise und das Problem verschärft sich.
- Kaffee ist eine Dauerkultur, die erst nach etwa 4-6 Jahren gute Erträge bringt. Bei mehrjährigen Kulturen kann auf Marktschwankungen nicht so flexibel reagiert werden wie bei einjährigen Feldfrüchten. Die Reaktion auf veränderte Kultur- und Managementmaßnahmen ist außerdem langsamer. Für die Anpflanzungen von Kaffee wird viel Geld und Zeit investiert, und es können sich nur wenige leisten, dieses Kapital durch Rodung aufzugeben.
- Die Bauern bauen meist nur einige wenige Kulturpflanzenarten an. Wenn die Erzeugerpreise für eine Kultur sinken, versuchen sie, die fehlenden Einnahmen durch eine Ausdehnung der Anbauflächen und durch größere Erntemengen auszugleichen.
- Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist groß. In den letzten Jahren wurde diese Situation noch durch das Auftreten Vietnams verschärft, das in nur wenigen Jahren trotz der ungünstigen Marktlage zum zweitgrößten Kaffeeproduzenten und -exporteur avancierte. Verbesserte Sorten haben vor allem im kapitalintensiven Anbau der Großplantagen zu größeren Erträgen pro Flächeneinheit geführt.

Bis 1989 waren der Kaffeemarkt und der Weltmarktpreis weitgehend durch das Internationale Kaffeeabkommen der Internationalen Kaffeeorganisation geregelt. Die meisten Produzenten- und Konsumentenländer waren hier vertreten. Ein System von vierteljährlich bestimmten Exportquoten sicherte den Produzenten stabile, kostendeckende Preise. Allerdings konnte das Kaffeeabkommen vor allem aus drei Gründen nicht mehr verlängert werden:

- Die Quotenregelung erwies sich als zu unflexibel, um auf veränderte Nachfragebedingungen zu reagieren
- Die Stimmverteilung im Kaffeerat spiegelte nicht die Bedeutung von Kaffee als Exportprodukt für die jeweilige nationale Volkswirtschaft wider. Vor allem Brasilien konnte dabei wegen der vergleichsweise geringeren Abhängigkeit seine Forderungen nach Mehrquoten gegenüber dem Hauptkonkurrenten Kolumbien und Neuanbietern durchsetzen.
- Die Blockadehaltung der Hauptabnehmerländer USA, BRD und der Niederlande, die nicht mehr gewillt waren, höhere Preise zu zahlen als Nichtmitgliedsländer, verhinderte einen weiteren Beschluss.

Seit 1989 wurde Kaffee mehr und mehr zum Spekulationsobjekt an den Rohstoffbörsen. Die Weltmarktpreise sinken kontinuierlich und die Verbraucherpreise fielen hierzulande auf das niedrigste Niveau seit dem

¹⁴ 1 lb = 1 engl. Pfund = Pound 454 g



Die Vereinten Nationen warnen im Jahre 2003 vor einer Hungerkatastrophe für mittelamerikanische Länder und benannten dafür u. a. den Verfall der Kaffeepreise als Ursache.

zweiten Weltkrieg. Der Verfall des Kaffeepreises stürzte die Kaffee produzierenden Ländern in eine dramatische Krise, denn die Erlöse aus den Weltmarktpreisen liegen unter den Produktionskosten. Vor allem für viele kleine mittelamerikanische und afrikanische Kaffeebauern hat sich die Lage seit 2000 dramatisch zugespitzt. Die niedrigen Preise bedrohen die Existenz der Kleinbauern. Die Vereinten Nationen warnten im Jahre 2003 vor einer Hungerkatastrophe für mittelamerikanische Länder und benannten dafür u. a. den Verfall der Kaffeepreise als Ursache.

Tab. 4: Die Entwicklung der Kaffeepreise seit 1983 in US Cent/Pound¹⁴

Jahr	Other Mild Arabica	Robusta Gruppe
1983	132,05	125,97
1984	144,64	137,75
1985	146,05	120,14
1986	195,69	147,16
1987	113,62	101,99
1988	137,61	94,31
1989	108,25	75,09
1990	89,46	53,6
1991	84,98	48,62
1992	64,04	42,66
1993	70,74	52,5
1994	150,04	118,87
1995	151,15	125,68
1996	122,21	81,92
1997	189,06	78,75
1998	135,23	82,67
1999	103,9	67,53
2000	85,57	41,41
2001	62,28	27,54
2002	61,53	30,02

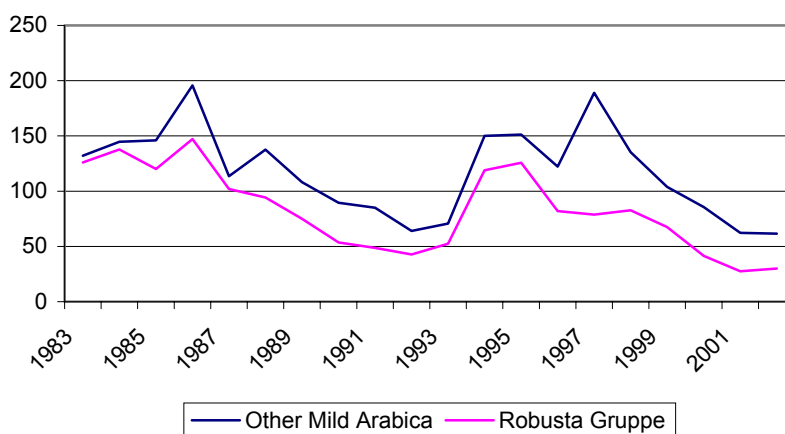
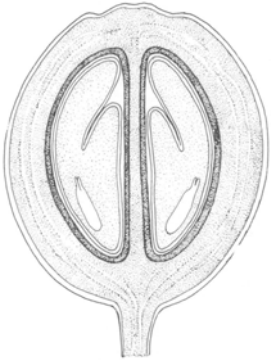


Abb. 1: Die Entwicklung der Kaffeepreise seit 1983

Quelle: International Coffee Organisation, London 2003



Deutschland nahm 2002 mehr Geld aus den Kaffeesteuern ein als die Kaffee exportierenden Länder im gleichen Jahr für ihren nach Deutschland gelieferten Kaffee erhielten.

Bereits 2002 deckten die Erlöse aus dem Kaffeeverkauf gerade noch etwa 60% der Produktionskosten.

Zölle und Steuern

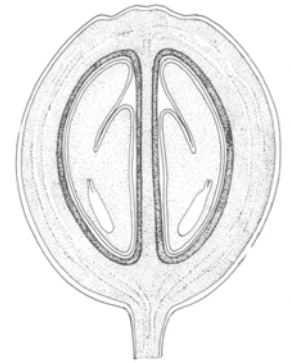
Die Europäische Union erhebt einen Zoll auf Kaffee, der sich je nach dem Grad der Verarbeitung des Rohproduktes erhöht. Bei Rohkaffee beträgt der Importzoll 4%, bei Röstkaffee schon 11% und für Instant-Kaffee bereits 18%. Diese so genannte Zolleskalation behindert den Aufbau von weiterverarbeitenden Industrien in den produzierenden Ländern und untermauert die bisherige „Arbeitsteilung“, in der die Anbauländer den billigen Rohstoff liefern und die Industrieländer die Weiterverarbeitung und Wertschöpfung übernehmen. Diese Zollbestimmungen sind ein Grund, weshalb bislang kaum fertig verarbeiteter Kaffee nach Deutschland importiert wird. Auch die WTO Verhandlungen beenden diesen Zustand nicht. Den größten Verdienst am Kaffeehandel sichert sich der deutsche Staat durch die Kaffeesteuer. Sie beträgt 2,19 € pro Kilo Röstkaffee, und 4,78 € pro Kilo löslichen Kaffee. Im Jahr 2002 nahm der Staat hierdurch rund 1,05 Mrd. € Steuergelder ein.¹⁵ Dazu kommen noch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und dem Zoll; zusammen sind das fast 1,5 Mrd. € - das ist mehr, als die Kaffee exportierenden Länder im gleichen Jahr für ihren nach Deutschland gelieferten Kaffee erhielten.

Die Situation der Kaffee-Arbeiter

Immer noch bauen in vielen Ländern vor allem Kleinbauern Kaffee an, ihre Produktivität liegt allerdings weit unter der von Großplantagen. In Mexiko beispielsweise verfügen 90% der Kaffee produzierenden Betriebe über weniger als 5 ha Anbaufläche, 69% sogar nur über weniger als 2 ha. Für diese Kleinbauern ist der Rückgang des einzigen Einkommens eine Katastrophe. Etwa 0,1% der Kaffeebetriebe in Mexiko bewirtschaften jeweils mehr als 50 ha Fläche, hier arbeiten vor allem saisonale Erntearbeiter und Tagelöhner, die neben den Kleinbauern besonders benachteiligt sind. Ohne eigenes Land zu besitzen, versuchen sie vor allem als Wanderarbeiter ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Lebens- und Arbeitssituation ist dabei ausgesprochen schwierig.

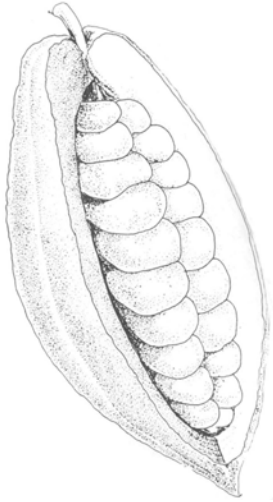
Seit 1997 stürzen die Weltmarktpreise dramatisch ab, zum Jahresbeginn 2003 erreichten sie das Tiefste jemals registrierte Niveau. Der reale Preis (er spiegelt die Warenaustauschverhältnisse wieder), beträgt nur noch ein Viertel des Wertes aus dem Jahr 1960. Bereits 2002 deckten die Erlöse aus dem Kaffeeverkauf gerade noch etwa 60% der Produktionskosten. Die betroffenen Bauern kämpfen ums blanke Überleben; ganze Volkswirtschaften sind ruiniert: Äthiopiens Einnahmen aus dem Kaffee-Export sanken beispielsweise von 255 Mio. US \$ im Jahre 2000 auf 49 Mio. US \$ im Jahre 2001. In Kolumbien, Peru und Bolivien gehen Kaffeebauern dazu über, wieder Coca für den Bedarf der Industrieländer anzubauen, trotz massiven Drucks der US Drogenbekämpfung. Gleichzeitig melden angesagte Trend-Kaffeehäuser wie Starbucks satte Umsatzsteigerungen und Rekordgewinne. Ein Ausweg aus der Krise ist nicht absehbar, allein gerechte Preise können allmählich bewirken, dass es für die Arbeit der Kaffeebauern wieder angemessenen Lohn gibt.

¹⁵ Die BRD bildet in diesem Punkt in Europa eine Ausnahme. In anderen Ländern sind die Kaffee-Steuern zumeist niedriger oder es werden keine erhoben, deshalb ist z.B. der Röstkaffee in den Niederlanden deutlich billiger.



Literatur

- European Fair Trade Association, 2003: "Mugged Poverty in your cup of Coffee", Oxfam Report, <http://www.eftafairtrade.org>, 20.3.03
- European Fair Trade Association, 2003: "Worst-Ever Coffee Crisis Hits Latin America", Homepage, <http://www.eftafairtrade.org>, 20.3.03
- Food and Agricultural Organization (FAO), 2003: Homepage, <http://www.fao.org>, Februar 2003
- Friedrich-Ebert-Stiftung, 1992: Kaffee, Armut - Macht - Märkte; 2. Auflage, Bonn
- Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt, 1994, Alternativ Handel(n), 2. überarbeitete Auflage, Nr. 26/2, September 1994
- Hessisch Niedersächsische Allgemeine, 2003: „Muntermacher für den Fiskus“, 5. Februar 2003, Dierichs GmbH & Co. KG, Kassel
- International Coffee Organisation, 2003: Homepage, www.ico.org; Februar 2003
- Meister Elmar, 1986: "Profit - Bohnen", Der Weltmarkt des Kaffees am Beispiel der BRD und ihrer wichtigsten Lieferländer Brasilien, Kolumbien, El Salvador, Band 10, Brasilienkunde Verlag Mettingen, 217 S.
- Neuberger, Günther (Hrsg.), 1991: Zum Beispiel Kaffee, Süd - Nord Reihe, Lamuv Verlag, Göttingen, 127 S.
- TAZ, 2003: „UN: Kampf gegen Hunger verloren“, in: die tageszeitung vom 27.2.2003, taz-Verlags- und Betriebsgesellschaft GmbH, Berlin
- TAZ, 2003: „Über Milliardenhürde“, in: die tageszeitung Nr. 6963 vom 25.1.2003, taz-Verlags- und Betriebsgesellschaft, Berlin
- TransFair e.V., (Hrsg.), 2000: Kaffee - Materialien für Bildungsarbeit und Aktionen; Misereor und Brot für die Welt, Aachen und Stuttgart, 35 S.



Vier Verbraucherländer importieren mehr als 50% der Weltproduktion bzw. 60% der Exporte: die Niederlande, die USA, die BRD und Frankreich.

Kakao (*Theobroma cacao* L.)

Weltwirtschaft

Kakao ist eine klassische Kolonialware: die so genannten Entwicklungsländer produzieren und die Industrieländer konsumieren. Vier Verbraucherländer importieren mehr als 50% der Weltproduktion bzw. 60% der Exporte: die Niederlande, die USA, die BRD und Frankreich. Der Handel mit Schokoladenprodukten spielt in diesen Ländern wirtschaftlich gesehen eine bedeutende Rolle.

Tab. 5: Die wichtigsten Importländer von Kakaobohnen und ihr Anteil am Weltimport im Jahr 2001

Land	Importe (in 1000 t)	Anteil am Gesamt- Kakaobohnenimport (in %)
Welt	2.462	100,0
Niederlande	568	23,1
USA	438	17,6
Deutschland	212	8,6
Frankreich	162	6,6
Großbritannien	148	6,0
Belgien	96	3,9
Italien	74	3,0

Quelle: FAO, 2003

Rund 60 Länder der so genannten Dritten Welt produzieren Kakao. Nur vier dieser Länder, Côte d'Ivoire, Ghana, Indonesien und Nigeria, ernteten 2001 knapp 75% der insgesamt drei Mio. t Rohkakao. Während 1993 noch 81% der gesamten Kakaoproduktion in den Export gingen, waren es 2002 nur noch etwa 74%, was bedeutet, dass einige Kakaoanbauländer, wie Ghana und Brasilien, mittlerweile selbst Schokolade herstellen und konsumieren.

Wie in Tabelle 6 zu sehen ist, sind die Volkswirtschaften der afrikanischen Länder am meisten vom Export der Kakaobohnen abhängig, fast ein Viertel der Deviseneinnahmen von Côte d'Ivoire stammt aus dem Verkauf von Kakao. Indonesien hingegen und Brasilien, ebenfalls große Kakaoproduzenten, sind nur geringfügig vom Verkauf des Rohkakao abhängig.

Tab. 6: Die größten Kakaobohnenproduzenten, ihr Anteil am Kakaobohnen-Weltexport und der Anteil des Kakaoexportes am jeweiligen nationalen Exporterlös im Jahr 2001

Land	Produktion (in 1000 t)	Export (in 1000 t)	Anteil am Weltexport (in %)	Anteil am nationalen Gesamlexport (in %)
Welt	3.021	2.274	100,0	
Côte d'Ivoire	1.200	1.026	45,1	27,5
Indonesien	381	303	13,3	0,5
Ghana	340	219	9,6	14,4
Nigeria	340	175	7,7	1,2
Brasilien	186	3	0,1	<0,1
Kamerun	133	110	4,8	6,7
Ecuador	76	55	2,4	1,2
Malaysia	58	16	0,7	<0,1

Quelle: FAO, <http://fao.org>; April 2003; Statistisches Bundesamt, <http://www.destatis.de>, April 2003; eigene Berechnungen

Kakaoanbau findet unter sehr unterschiedlichen Bedingungen statt: In Westafrika wächst Kakao meist in kleinbäuerlichen Betrieben von 2-4 ha Größe, der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden ist gering. In Malaysia und Indonesien ist die Produktion sehr intensiv, auf Großplantagen wachsen die Bäume ohne Schatten in Reinkultur und der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln ist hoch.

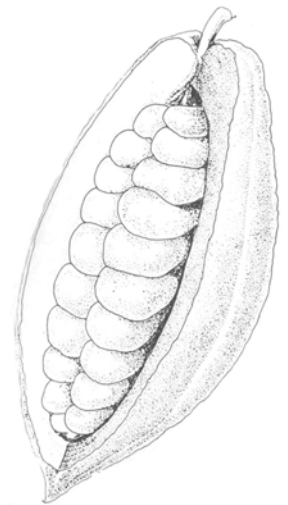
Wie beim Kaffeeanbau führt auch bei Kakao eine Überproduktion zu sinkenden Preisen. Trotzdem (oder gerade deshalb) weiten einige Länder wie Indonesien ihre Kakaoproduktion aus, um durch größere Verkaufsmengen den Preisverfall auszugleichen und um ihre Marktanteile zu erhöhen. Indonesien rodet für diesen Zweck bisher unberührten tropischen Regenwald.

Die beiden multinationalen Handelsgesellschaften Gill & Duffus und S.W. Berisford kontrollieren 75% des gesamten Kakaohandels an den Rohstoffbörsen. Nur sechs Konzerne beherrschen 80% des Weltschokoladenmarktes: Nestlé und Jacobs Suchard mit Hauptsitz in der Schweiz, Rowntree/Cadbury aus Großbritannien, Sucres et Denrées aus Frankreich sowie Mars/ Hershey aus den USA und Ferrero aus Deutschland.

EU Verordnungen

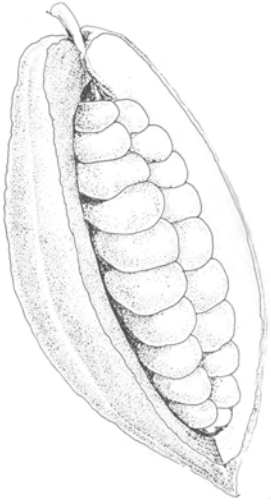
Die seit 1978 geltende Kakao-Richtlinie der Europäischen Union verbot die Beimischung anderer pflanzlicher Fette als Kakaobutter in Schokolade. Nach dem Beitritt von Irland, Großbritannien und Dänemark kam es zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Binnenmarkt, weil dort der Zusatz anderer, meist billigerer, Fette und Öle in Schokolade erlaubt war. Schokoladenhersteller fürchteten diese zusätzliche Konkurrenz und sahen sich Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt. Nach jahrelangen Debatten stimmte das Europaparlament in Straßburg im Frühjahr 2000 über eine Harmonisierung der Kakaoverordnung ab. Die neue Schokoladen-Richtlinie erlaubt nun den Zusatz von anderen pflanzlichen Fetten (CBSs – Cocoa

Kakao



Seit Frühjahr 2000 sind sogenannte Cocoa Butter Substitutes in Schokolade erlaubt, d.h. andere pflanzliche Fette ersetzen Kakaobutter.

Kakao



Die EU-Schokoladenverordnung führte zu einer drastisch absinkenden Nachfrage nach Rohkakao auf dem Weltmarkt und zu einem erheblichen Preisdruck auf die Kakao anbauenden Länder.

Butter Substitutes) bis zu 5% der Gesamt-Schokoladenmasse, dies entspricht immerhin einem Anteil von ca. 15% am Gesamtgewicht der Kakaobestandteile in der Schokolade.

Schokolade könnte nun auch Fette enthalten, die mit Hilfe gentechnisch veränderter Mikroorganismen so umgeestert werden, dass sie als Kakaobuttersubstitut geeignet sind. Auf Druck von Gewerkschaften und Verbraucherverbänden allerdings sind in der neuen EU-Verordnung nur sieben Fette zugelassen, dies sind u. a. Palmöl, Illipéöl, Shea- oder Karitébutter, Seha-Nussöl und Borneotalg. Diese Fette werden teilweise zwar in denselben Ländern produziert, die auch Kakao exportieren, aber eine Tonne Kakaobutter kostet auf dem Weltmarkt 3.350 US Dollar, Karité-Butter ist schon für 1.050 US Dollar zu haben, Palmöl gar für nur 350 US Dollar. Diese Rohstoffe erzielen also viel geringere Exporteinnahmen als Rohkakao.

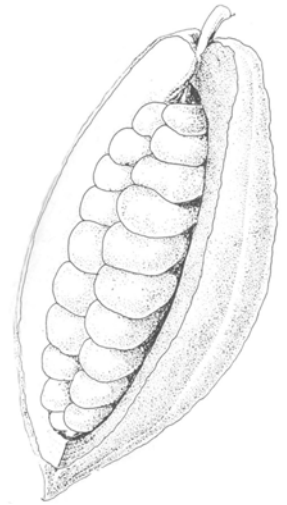
Die EU-Schokoladenverordnung führte zu einer drastisch absinkenden Nachfrage nach Rohkakao auf dem Weltmarkt und zu einem erheblichen Preisdruck auf die Kakao anbauenden Länder. Der Rückgang der Nachfrage ließ den Weltmarktpreis von 2100 auf 800 US Dollar pro Tonne Rohkakao fallen. Für Malaysia, Indonesien und Brasilien ist dieser Verlust eher zu verkraften, da der Kakaoexport aufgrund ihres hohen Exportdiversifizierungsgrades nur eine untergeordnete Rolle spielt. Ganz anders ist die Situation für die westafrikanischen Länder. Dort sanken die Exporteinnahmen durch die Schokoladen-Verordnung drastisch ab, denn sie liefern 90% des Rohkakaos, der in die EU eingeführt wird. Schon im Jahr 2000 lagen die Einnahmeverluste in Ghana und der Côte d'Ivoire bei 530 Mio. €. Hierauf reagierten die westafrikanischen Länder im Oktober 2000 mit der Vernichtung von 250 000 t Kakaobohnen. Prompt verdoppelten sich die Preise bis Mai 2002 – dies heißt jedoch nicht unbedingt, dass diese Erhöhung den Bauern zugute kommt.

Die beschriebene EU-Regelung wurde trotz der Einwände von Umwelt-, Entwicklungs- und Verbrauchergruppen und der Grünen im Straßburger Parlament durchgesetzt, ohne deren Forderung nach Studien über die Auswirkungen der neuen Verordnung zuzulassen. Die Hersteller müssen allerdings in der Zutatenliste ihrer Produkte die Verwendung von Kakaobuttersubstituten kenntlich machen.

Literatur

- El Puente, www.el-puente.de September 2000
- Food and Agricultural Organization (FAO), 2003: Homepage, URL: <http://www.fao.org> , Januar 2002, Rom
- Hinsch, Claudia und Üllenberg, Alfons, 1995: Kakaobuttersubstitution, in: BUKO Agrar Dossiers Nr. 16, Kakao, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Jimo, Hakeem, 2002: Die Nuss für Götter und Bauern, in: die tageszeitung vom 31.05.2002, S. 6, taz-Verlags- und Betriebsgesellschaft GmbH, Berlin
- Spielmanns, Silke, 1998: Kakao ist out, Substitute sind in, in: BUKO Agrar Info, Nr. 76, November 1998, Forum für Internationale Agrarpolitik
- Statistisches Bundesamt, 2003: www.destatis.de
- TransFair e.V., (Hrsg.), 2003: Kakao- Materialien für Bildungsarbeit und Aktionen; Misereor und Brot für die Welt, Aachen und Stuttgart, 35 S.
- Üllenberg, Alfons, 1994: Schokolade ohne Kakao in: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 188/ 189 Dez. 1994, S. 32 - 34
- Üllenberg, Alfons, 1995: Kakaowirtschaft in Malaysia, in BUKO Agrar Dossier, Nr.15, Kakao, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Weingärtner, Daniela, 2000: Europas neue Schokoladenseite, in: die Tageszeitung vom 16.3.2000, S. 6, taz-Verlag, Berlin
- Werner, Klaus, 2001: Politik, zum Verzehr geeignet; in: die tageszeitung, S. 11, taz-Verlags- und Betriebsgesellschaft GmbH, Berlin

Kakao



Tee (*Camellia sinensis* L.)

Weltwirtschaft

Im Jahre 2002 produzierten Indien, China, Sri Lanka und Kenia zusammen mehr als 68% der Welt-Tee-Ernte. Viele wichtige Teeanbauländer produzieren hauptsächlich für den Eigenbedarf, deshalb haben nicht Indien und China, sondern Sri Lanka und Kenia den höchsten Anteil am Weltexport. Auch die Abhängigkeit der jeweiligen Volkswirtschaften vom Teeanbau ist durchaus unterschiedlich. Kenias Einnahmen stammen zu einem Viertel aus dem Export von Tee. Die wichtigsten zehn Tee-Anbauländer können in Tabelle 7 miteinander verglichen werden.

Tab. 7: Die wichtigsten Produktions- und Exportländer von Tee und der jeweilige Anteil des Exportes von Tee am gesamten nationalen Exporterlös im Jahr 2001

Land	Produktion (in 1000 t)	Anteil an der Welt- produktion (in %)	Eigen- verbrauch (in %)	Export (in 1000 t)	Anteil am Weltexport (in %)	Anteil am nationalen Gesamtexport (in %)
Welt	2.980	100		1447		
Indien	848	28,5	79,1	177	12,2	0,8
China	722	24,2	65,0	252	17,4	0,1
Sri Lanka	295	9,9	0,3	294	20,3	14,1
Kenia	217	7,3	4,6	207	14,3	23,1
Indonesien	163	5,5	38,7	100	6,9	0,2
Türkei	143	4,8	96,5	5	0,3	<0,1
Japan	85	2,9	99,1	<1	<0,1	<0,1
Vietnam	76	2,5	10,5	68	4,7	0,5
Bangladesh	52	1,7	87,7	6	0,4	0,1
Iran	51	1,7	80,4	10	0,7	<0,1

Quelle: FAO, <http://www.fao.org>, April 2003; Statistisches Bundesamt, <http://www.destatis.de>, April 2003, eigene Berechnungen

Auch der Handel mit Tee unterliegt der gegenwärtigen Tendenz zur Konzentration. Immer mehr traditionelle Teefirmen werden von wenigen großen Nahrungsmittelkonzernen aufgekauft. In den westlichen Industrienationen sind es sieben der transnationalen Unternehmen, die hier rund 90% aller Teeverkäufe kontrollieren. Allen voran steht Unilever, der die renommierte Lipton Teas, aber auch Brooke-Bond gehören, gefolgt von Lyon Tetley Tea, die Teil der Allied Brewery ist. Der Nahrungsmittelkonzern Associated British Food ist Eigner von Twinning's Tea und Typhoo gehört heute zu Cadbury's. Teegesellschaften wie Typhoo und Premier Brand zeichnen sich durch eine ausgeprägte vertikale Struktur aus, d.h. sie sind nicht nur am Handel beteiligt, ihnen gehören auch Plantagen, Verarbeitungs- und Verpackungsbetriebe, außerdem sind sie in den meisten Erzeugerländern ebenfalls marktführend. Ihre Marktmacht ist ein einflussreicher Faktor auf allen Teeauktionen. Die wichtigsten Teebörsen befinden sich in Kalkutta,

Immer mehr traditionelle Teefirmen werden von wenigen großen Nahrungsmittelkonzernen aufgekauft.

Colombo, Cochin, Djakarta und Mombasa. Die Bedeutung der Londoner Tee Auktion geht, ähnlich wie der Teeverbrauch in Großbritannien, beständig zurück. Mit ihrem Kaufverhalten bestimmen die Konzerne maßgeblich die Preisentwicklung und die Nachfrage nach bestimmten Teequalitäten; sie entscheiden damit über das Auf und Ab von ganzen Volkswirtschaften. Trotz erheblicher Preisunterschiede für die Tees aus den verschiedenen Anbauregionen zeichnet sich ein klarer Trend zu sinkenden Preisen ab. Da sich bis auf wenige Ausnahmen weltweit eine ständige Verflachung und gegenseitige Angleichung der Teequalitäten beobachten lässt, sind viele Tees auf dem Weltmarkt untereinander austauschbar geworden. Dies bietet den großen Konzernen die Möglichkeit, einzelne Produzentenländer gegeneinander auszuspielen. Am meisten darunter leiden die Arbeiter in den Plantagen: Beim Ernten eines der besten Tees in Darjeeling (zwei Blätter plus Spitzen) verdienen die Pflückerinnen gerade 1,5 - 3% des Ladenpreises; gerade genug, um das Nötigste zum Überleben zu beschaffen - oft reicht es nicht mal für den Schulbesuch der Kinder. Sie können für diesen Spitzentee am Tag etwa 10 kg Teeblätter ernten, die maximal 2,5 kg Markttee ergeben.

Die Schwäche einzelner Erzeugerländer belegt das Scheitern der indischen Regierung im Jahre 1985, die durch gesetzliche Maßnahmen eine Marktkontrolle erreichen wollte. Um den Preis auf einem rentablen Niveau zu halten und um den Bedarf der eigenen Bevölkerung zu sichern, hatte Indien 1983 seine Teeausfuhrmengen begrenzt und für 1985 einen Mindestexportpreis festgelegt. Die Teekonzerne deckten daraufhin ihren Bedarf in Afrika und Ende 1985 musste die indische Regierung ihre Maßnahmen wieder zurückziehen und sich dem "freien Spiel der Kräfte" beugen.

Die Situation der tamilischen Teepflücker in Sri Lanka

Durch den Anbau von Tee in Sri Lanka auf Monokulturbasis werden nicht nur landschaftlich große Teile des Hochlandes der Insel geprägt, sondern auch die in diesen Gebieten lebenden Menschen. Die Teeanbauggebiete nehmen heute eine Fläche von 250.000 ha ein, dies entspricht etwa 10% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, nur der Anbau von Reis beansprucht mehr Raum. Jeder achte Bewohner des Landes hängt direkt oder indirekt von der Teeindustrie ab.

Die englischen Kolonialherren führten Mitte des 18. Jahrhunderts in Sri Lanka die Plantagenwirtschaft ein. Da die singhalesische Bevölkerung nicht bereit war, für die Engländer zu arbeiten, wurden Tamilen aus dem südindischen Tamil Nadu als Gastarbeiter ins Land geholt. Dies führte zu bis heute andauernden politischen und sozialen Problemen. Auf den Teeplantagen arbeiten fast ausschließlich Tamilen. Sie leben und arbeiten unter extrem schweren Bedingungen und sind im Hochland auf den Plantagen isoliert. Die Erntearbeiten werden fast nur von Mädchen und Frauen ausgeführt, der Schulbesuch ist nur bedingt möglich und das Einkommen reicht meist gerade zum Überleben.



Die Teeanbauggebiete in Sri Lanka nehmen heute eine Fläche von 250.000 ha ein, dies entspricht etwa 10% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.



Literatur

Food and Agricultural Organization (FAO), 2003: Homepage, URL:
<http://www.fao.org> , Januar 2003, Rom

Neuberger, Günter u. a., 1993: Zum Beispiel Tee, Süd - Nord Reihe, Lamuv Verlag, Göttingen, 106 S.

Misereor, Brot für die Welt (Hrsg.), 2001: TRANSFAIR e.V., Tee - Materialien zum fair gehandelten Tee, Aachen und Stuttgart

Merzenich, Bernd; Imfeld Al, 1986: Tee - Gewohnheit und Konsequenz, gemeinsam herausgegeben mit der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (gepa), Edition diá, St. Gallen / Köln, 181 S.

Norddeutscher Rundfunk, 2002: Tee, Sendung vom 20.04.02

Zuckerrohr (*Saccharum officinarum* L.)

Weltwirtschaft

Zucker ist ein wichtiges Welthandelsprodukt. In klimatisch gemäßigten Ländern, vor allem in West-, Mittel- und Osteuropa sowie in den Vereinigten Staaten, China und Japan wird der Zucker aus Zuckerrüben gewonnen, in tropischen und subtropischen Anbaugebieten aus Zuckerrohr. Die wichtigsten Zuckerrohrproduzenten sind Brasilien, Indien, China, Thailand, Mexiko und die USA. Insgesamt erzeugen weltweit 127 Länder Zucker, 79 Länder gewinnen ihn aus Zuckerrohr, 38 aus Zuckerrüben und 10 aus beiden Pflanzen. Rohr- und Rübenzucker in reiner Form (als Weißzucker) sind in ihren Eigenschaften, insbesondere im Geschmack, identisch.

Etwa 85 % des Zuckers auf dem Weltmarkt stammt aus den Halmen des tropischen Zuckerrohrs, die Zuckerrübe liefert die verbleibenden 15%. Die Gesamtmenge des weltweiten Handelsvolumens betrug 2002 rund 42 Mio. t, es gelangen aber nur 30% der gesamten Welternte an Zucker zum Verkauf auf den internationalen Markt, mehr als 70 % des erzeugten Zuckers werden direkt in den Erzeugerländern verbraucht. Rund ein Viertel der Ein- und Ausfuhren werden über Präferenzabkommen oder vergleichbare Regelungen mit Quoten bzw. garantierten Preisen abgewickelt. Der „freie Weltmarkt“ handelt daher nur mit 25% der Weltzuckererzeugung. Überschüsse und Mangelsituationen verursachen oftmals starke Schwankungen der Preise. Daher gibt es in den meisten Ländern Preisregelungen für den im Inland erzeugten und verbrauchten Zucker, die sich nicht am Weltmarktpreis orientieren, sondern an den tatsächlichen wirtschaftlichen Erfordernissen in den einzelnen Ländern.

Tab. 8: Die zehn größten Rohrzucker-Produzenten im Jahr 2002

Land	Zuckerrohrproduktion (in 1000 t)	Anteil an der Welt-Zuckerrohr-Produktion (in %)
Welt	1.288.403	100
Brasilien	360.556	28,0
Indien	279.000	21,7
China	82.278	6,4
Thailand	62.350	4,8
Pakistan	48.042	3,7
Mexiko	46.000	3,6
Kolumbien	38.200	3,0
USA	32.597	2,5
Australien	32.260	2,5
Kuba	32.100	2,5

Quelle: Fao, <http://fao.org>, Mai 2003

Zuckerrohr



Insgesamt wird mehr Zucker aus Zuckerrohr als aus Zuckerrübe gewonnen.



Ein Quotensystem garantiert Mindestpreise für die vom europäischen Markt benötigten Zuckermengen aus heimischer Produktion.

Tab. 9: Die zehn größten Zuckerexporteure (Rohr- und Rübenzucker) im Jahr 2002

Land	Zuckerexport (Rohr- bzw. Rübenzucker) (in 1000 t)	Anteil am Weltzuckerexport (in %)
Welt	41.920	
Brasilien	13.852	33,0
Thailand	4.205	10,0
Frankreich	2.951	7,0
Kuba	2.663	6,4
Indien	1.790	4,3
Guatemala	1.360	3,2
Belgien	1.212	2,9
Kolumbien	1.183	2,8
Südafrika	1.165	2,8
Deutschland	1.155	2,7

Quelle: FAO, <http://www.fao.org>, Mai 2003

Seit Anfang der achtziger Jahre sinken die Preise auf dem Weltzuckermarkt kontinuierlich, im April 1999 erreichte der Zuckerpreis seinen tiefsten Stand seit 13 Jahren. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Wachsende Exporte der EU (vgl. EU-Zuckerpolitik)
- Steigende Produktion von China und Indien
- Sinkende Nachfrage der USA aufgrund des Einsatzes alternativer Süßstoffe¹⁶
- Stagnierender Verbrauch

Bemühungen in den 70er Jahren des 20. Jhdts., den Zuckerpreis auf dem Weltmarkt durch internationale Abkommen stabil zu halten, wurden weitgehend von der EU blockiert. Der Weltmarktpreis für Zucker liegt heute unterhalb der Produktionskosten, was eine weitere Verelendung der Zuckerproduzenten nach sich zieht.

¹⁶ Hierbei handelt es sich vor allem um Isoglucose, welche mit Hilfe von Enzymtechniken aus Reis, Mais oder Weizen wesentlich kostengünstiger als Rohr- oder Rübenzucker hergestellt werden kann und die seit Mai 1980 in den US-amerikanischen Softdrinks eingesetzt wird. Maismalzzucker ist ca. 15% billiger als Rüben- oder Rohrzucker.

EU Zuckerpolitik und ihre Auswirkungen

Die EU schottet den europäischen Zuckermarkt durch Importzölle weitgehend vom Weltmarkt ab. Ein Quotensystem garantiert Mindestpreise für die vom europäischen Markt benötigten Zuckermengen aus heimischer Produktion. Der Überschuss, der in manchen Jahren ein Drittel der gesamten EU Produktion beträgt, wird zu subventionierten Preisen auf dem Weltmarkt veräußert. Die Verkäufer erhalten dafür einen relativ hohen Preis, obwohl die EU den Zucker günstig weiter verkaufen muss. Die Kosten von 425 € pro Tonne Zucker wälzt die EU seit 1981 teilweise auf die Zuckerindustrie ab. Drei Unternehmen dominieren die Rübenzuckerindustrie: die deutsche Südzucker AG in Zentraleuropa, der dänische Konzern Danisco mit dem Monopol in EU-Skandinavien und die British Sugar. Sie sprechen die Preise ab und machen die Rübenbauern zu abhängigen Zulieferern.

Auch die AKP¹⁷ Staaten kommen in den Genuss von Quoten. Großbritannien brachte mit seinem Eintritt in die EU auch die Importquoten der ehemaligen Kolonialländer zu EU Preisen mit ein. Dieser Zucker wird innerhalb der EU nicht benötigt und muss deshalb auf dem Weltmarkt zu billigen Preisen wieder abgesetzt werden. Hierfür zahlt die EU mehr als 500 Mio. € pro Jahr. Trotz etwas reduzierter Anbauflächen stieg die Zuckerproduktion der EU in den Jahren 1997 bis 2000 um etwa 3,7% an; der Versorgungsgrad von 130% bedeutet, dass die Überschüsse billig auf dem Weltmarkt verkauft werden müssen.

Die WTO-Regeln forderten von allen Mitgliedsländern eine Reduzierung der Exportsubventionen von insgesamt 21% bis zum Jahr 2000¹⁸. Dies ist eine Pauschalzahl, die sich nicht auf bestimmte Sektoren bezieht. Sie verlangten außerdem einen verbesserten Marktzugang für ausländische Produkte, durch die Abschaffung der Quotensysteme und die Einführung fester, um mindestens 36% reduzierter, Zollsätze. Der Zollsatz für importierten Zucker lag in der EU bei 309% - trotz der Absenkung der Zollsätze ergibt sich demnach immer noch ein Wert von 202% Zoll. Die subventionierten Zuckerexporte der EU drücken die Preise auf dem Weltmarkt, der ohnehin durch eine stagnierende bzw. sinkende Nachfrage geschwächt ist. Der Preis liegt deshalb Schätzungen zufolge 12% unter dem Niveau, welches sich ohne diese Exportsubventionen ergäbe. Dies bedeutet immense Verluste für die Volkswirtschaften einiger Zuckererzeugerländer, denn sie müssen unter ihren Produktionskosten verkaufen. Der Dominikanischen Republik gehen so jährlich bis zu 20 Mio., Kolumbien und Guatemala immerhin noch 13 Mio. US Dollar verloren. Die EU-Zuckermarktordnung gilt noch bis zum Jahr 2006.

Positive Auswirkungen der WTO-Bestimmungen für die Erzeugerländer von Rohrzucker liegen weniger in steigenden Weltmarktpreisen, als in einem verbesserten Marktzugang. Allerdings erzielt Zucker immer noch einen zu niedrigen Preis, was sich auch heute noch auf die Lebensbedingungen vor Ort auswirkt.

In den neuen WTO-Agrarverhandlungen will die EU durchsetzen, dass sozial und ökologisch nachhaltigere Produktionsweisen in der Bewertung der Zuckerproduktion mit berücksichtigt werden. Die EU-Zuckerindustrie wirbt deshalb mit der Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten in Europa,

Zuckerrohr



Die subventionierten Zuckerexporte der EU drücken die Preise auf dem Weltmarkt um schätzungsweise 12% unter das Niveau, welches sich ohne die Exportsubventionen ergäbe.

¹⁷ 69 Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik, welche durch den Abschluss der Lomé - Verträge mit der EU besondere Bedingungen in den Bereichen Handel, Industrie und Landwirtschaft erhalten

¹⁸ Bezogen auf den Basiszeitraum 1986 bis 1990



Auch heute noch verdient ein philippinischer Zuckerrohrarbeiter nur so viel am Tag, dass das Einkommen gerade einmal den Tagesbedarf Reis für seine Familie deckt.

ist aber gleichzeitig für die menschenverachtende Produktionsweise in den Ländern des Südens mit verantwortlich.

Lebensbedingungen auf der Zuckerrohrplantage

Die Ungerechtigkeiten auf dem Weltzuckermarkt wirken sich verheerend auf die südlichen Produzentenländer aus. Selbst wenn der Weltmarktpreis ansteigt, dringt diese Verbesserung kaum zu den kleinen Produzenten oder gar den Plantagenarbeitern durch. Als Beispiel dafür stehen die Dominikanische Republik und die Philippinen. 12% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Dominikanischen Republik sind Zuckerrohrplantagen, die meisten von ihnen sind in staatlicher Hand. Die Arbeit selbst aber wird kaum von dominikanischen Bürgern getan, sondern hierfür sind Einwanderer aus Haiti zuständig, die häufig unter Zwang oder mit falschen Versprechungen ins Land gelockt wurden. Zu Zeiten des Diktators Chevalier gab es sogar bilaterale Verträge über die Entsendung von „Fachkräften“ aus Haiti in die Dominikanische Republik. Einmal in der Plantage tätig, werden sie durch Verschuldung daran gehindert, die Plantagen zu verlassen und gezwungen, unter miserablen Bedingungen in Hütten ohne Wasser- oder Elektrizitätsversorgung zu leben. Es gibt nur ungenügende medizinische Betreuung durch die staatliche Zuckergesellschaft und kaum Schulen für die Kinder.

Die philippinische Zuckerwirtschaft erlitt durch die Einführung von Isoglucose auf den US-amerikanischen Softdrink-Markt einen verheerenden Einbruch, denn die Philippinen produzierten fast ausschließlich für die USA. Bis 1970 kamen 18% der Exporteinnahmen aus dem Export von Rohrzucker. 1985 wurden 250.000 Zuckerrohrarbeiter auf der Insel Negros schlagartig arbeitslos und eine Hungersnot traf vor allem die Landarbeiter. Als sie versuchten, auf den nun brach liegenden Zuckerfeldern Grundnahrungsmittel anzubauen, wurde dies durch die Schutzarmeen der Plantagenbesitzer gewaltsam abgewehrt. Die staatliche Politik versuchte die Lage durch eine Landreform zu verbessern. Bisher sind jedoch nur 50% davon umgesetzt worden. Auch heute noch verdient ein philippinischer Zuckerrohrarbeiter nur so viel am Tag, dass das Einkommen gerade einmal den Tagesbedarf Reis für seine Familie deckt. Das bedeutet, dass alle Mitglieder einer Familie arbeiten müssen, um den Grundbedarf zu decken. Es herrscht ständiger Mangel und die schlechte Ernährung wirkt sich auch auf die geistige Entwicklung der Betroffenen aus. Ein Schulbesuch ist für die Kinder undenkbar. Die Lebenserwartung liegt bei 30 Jahren. Gewerkschaften werden von vielen Landbesitzern immer noch nicht anerkannt und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter müssen bittere Schikanen erleiden.

Auch im „klassischen“ Zuckerland Brasilien sind die Lebensbedingungen der Zuckerarbeiter schlecht. Die Gesellschaft ist oligarchisch geprägt: es gibt einige wenige Großgrundbesitzer und eine Masse von verelendeten Arbeitern. Die traditionelle Zuckeranbauregion im Nordosten von Brasilien gehört zu den ärmsten Regionen der Erde. Es herrschen gravierende soziale Missstände bei den Landarbeitern, es gibt Kinderarbeit, Unterernährung und Landkonflikte. Eine Mechanisierung der Zuckerrohrproduktion führte in den vergangenen Jahrzehnten zu großer Landflucht und zu weiterer Verelendung der verbleibenden Tagelöhner. Im Bundesstaat Sao Paulo im Süden von Brasilien befindet sich das größte Anbauggebiet der Erde. Die Ernteerträge sind höher und die Erzeugerpreise nur halb so hoch wie im Norden des Landes. Die Produktion ist weitgehend mechanisiert und der Anbau findet in Monokultur bei hohem Mineraldünger- und Pestizideinsatz statt.

Rohrzucker als Kraftstoffsubstitut

Die Ölkrise von 1973 und 1979 traf Brasilien besonders hart; es befand sich gerade mitten in einer Industrialisierungsphase und Erdöl machte in den Jahren etwa ein Drittel der Gesamtimporte aus. 1975 initiierte die Militärregierung deshalb das so genannte "Pro-Alcool-Programm" zur Herstellung von Biokraftstoff. Die Rohstoffquelle Zucker sollte Devisen sparen helfen und die Fortführung des Industrialisierungsprogramms ermöglichen. Der Treibstoff aus Zuckerrohr wird entweder in speziell dafür gebauten Autos eingesetzt (Reinalkoholbetrieb) oder mit Benzin gemischt (Gasohol-Betrieb). Das Programm führte zwischen 1980 und 1985 zu einer Verdreifachung der Zuckerrohranbauflächen und damit zu einem drastischen Rückgang des Anbaus von Grundnahrungsmitteln. Bohnen, Reis und Mais mussten importiert werden.

Im Jahr 2000 produzierte Brasilien 307 Mio. t Zuckerrohr und gewann daraus 16,2 Mio. t Zucker und 10,6 Mio. Liter Alkohol. 2003/04 sollen schätzungsweise 5 Mio. Hektar Fläche mit Zuckerrohr bebaut und 330 Mio. t Zuckerrohr produziert werden. Mehr als 40% des geernteten Zuckerrohres sind für die Äthanolproduktion bestimmt, insgesamt rechnet man mit einer Menge von 14 Mio. Litern. Brasilien verbraucht 93% der gesamten Äthanolproduktion als Kraftstoff auf dem Binnenmarkt, die verbleibenden 3% verarbeiten die pharmazeutische Industrie und die Lebensmittelindustrie. Zukunftsträchtig könnte auch der internationale Handel mit Bioethanol sein.

Die Kosten der Zuckerproduktion liegen zwischen 150 und 300 US Dollar pro Tonne, sie sind in Brasilien damit deutlich geringer als in der EU, die 480 – 710 US Dollar benötigt.

Das Beispiel Brasilien zeigt, welche nachteiligen Auswirkungen der Zuckerrohranbau in Monokulturen hat. Die Nutzung von Alkohol als Treibstoff senkte zwar den Kohlendioxidausstoß ab, führte aber andererseits zu einer Degradierung großer Flächen, die vormals für die Nahrungsproduktion nutzbar waren. Das Kyoto-Protokoll von 1997 thematisiert u. a. den Handel mit CO₂ Emissionen. Reiche Länder können sich ihren hohen Energiekonsum kaufen, indem sie Quoten aus armen Ländern ankaufen. Deutschland und Brasilien unterzeichneten 2002 auf dem Weltgipfel in Johannesburg eine Vereinbarung, nach der Deutschland Quoten zur Reduzierung seiner Kohlenstoffemissionen in Höhe 40 Mio. Dollar ankauft und Brasilien sich dafür verpflichtet, Alkohol betriebene Fahrzeuge mit insgesamt 100 Mio. Reales¹⁹ zu subventionieren.

Zuckerrohr



Die Nutzung von Alkohol als Treibstoff senkte zwar den Kohlendioxidausstoß, führte aber andererseits zu einer Degradierung großer Flächen, die vormals für die Nahrungsproduktion nutzbar waren.

¹⁹ 1 Real ca. 0,29 € (Stand 2003)



Literatur

- Brasilianische Botschaft (Hrsg.), 2001: Süßer Rohstoff dient auch als Treibstoff, Brasilien aktuell 4, März 2001, Media Consulta, Berlin
- BUKO Agrar Koordination, 2001: Zucker - süßes Gift im Welthandel, www.bukoagrar.de, August 2002
- Datagro Consulting, www.aebrazi.com/highlights/2003/fev/24/42.htm; 4.5.2003
- Dilger, Gerhart, 2003: Der Weltmeister kann noch mehr; in: die tageszeitung, Ausgabe vom 4. 9.2003, S. 5, taz-Verlags- und Vertriebsgesellschaft GmbH, Berlin
- Engel, Astrid und Reichert, Tobias, 1998: Zucker – Bewegung im Weltmarkt, in: EFTA (European Fair Trade Association), Fair Trade Jahrbuch 1998-2000, Gent, Belgien
- Engel, Astrid, 1993: Bitterer Zucker, in: epd Entwicklungspolitik, Nr. 4, 1993, S. 26 – 28,
- Food and Agriculture Organization (FAO), 2002: Homepage, URL: <http://www.fao.org> , Januar 2002, Rom
- Laschefski, Klemens, 2003: Wo bleiben Mensch und Umwelt, in: Zucker, ila 266, Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., <http://www.ila-bonn.de/archiv/266inhalt.htm>, 30.8.2003
- Lorenzen, Hannes und Küppers, Gabi, 2003: Quotenpuderzucker – Der Zuckermarkt und die Agrarpolitik der EU, in: Zucker, ila 266, Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. , <http://www.ila-bonn.de/archiv/266inhalt.htm>, 30.8.2003
- Melchers, Ingo, 2003: der Mythos der Monokultur – Fragen an die brasilianische Zuckerindustrie, in: Zucker, ila 266, Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V , <http://www.ila-bonn.de/archiv/266inhalt.htm>, 30.8.2003
- Pfeisinger, Gerhard und Stefan Schennach (Hrsg.), 1989: Kolonialwaren - Die Schaffung der ungleichen Welt, Band 61, Lamuv Verlag, Göttingen, 169 S.
- Rehm, Sigmund (Hrsg.), 1989: Spezieller Pflanzenbau in den Tropen und Subtropen, Band 4, Verlag Eugen Ulmer GmbH & Co., Stuttgart, 653 S.
- Willms, Beate, 2003: Bittersüße Vereinbarung; in: die tageszeitung vom 8./9. 2.2003, taz-Verlags- und Vertriebsgesellschaft GmbH, Berlin
- Zuckerverband: Zuckerhandel und Weltmarkt, http://www.zuckerverband.de/1_1_2_214.htm, 30.8.2003

Baumwolle (*Gossypium L. sp.*)

Weltwirtschaft

Baumwolle gehört zu den wichtigsten Naturfaserpflanzen der Welt. In den 80er Jahren stieg in den Industrieländern die Nachfrage nach Naturfasern an. Dies und die weltweite Preis-Baisse der Baumwolle erhöhten ihren Anteil am Textilfaserverbrauch auf etwa 50%. Der höchste Verbrauchszuwachs ist heute in den Ländern Süd- und Südost-Asiens zu verzeichnen.

Die Weltmarktpreise werden durch die Exportpolitik verschiedener Länder beeinflusst. So subventionieren beispielsweise die USA ihre Baumwollproduktion mit 3,7 Mrd. US Dollar pro Jahr und die EU mit 0,7 Mrd. US Dollar. Auch einige südamerikanische Länder subventionieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Subventionen werden aufgrund der vergleichsweise hohen Produktionskosten notwendig. Besonders in den afrikanischen Sahelstaaten, die in der Baumwollproduktion komparative Kostenvorteile haben, sind aufgrund der Subventionspolitik der Industrienationen die Einnahmen um ein Drittel eingebrochen. Zwischen 1997 und 2003 sanken die Weltmarktpreise für Baumwolle um 39%.

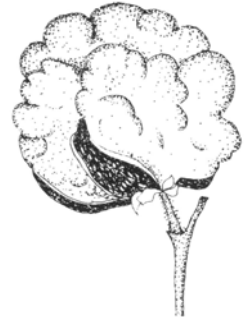
30% der weltweit erzeugten Baumwolle gehen in den Export. Länder wie China, Indien und Pakistan benötigen den größten Anteil ihrer Produktion für die einheimische Textilindustrie. Brasilien, Europa, Japan, Indonesien und Südkorea exportieren Baumwolle. Es ist damit zu rechnen, dass die Importe der EU künftig beträchtlich zurückgehen, weil einerseits die Mitgliedsländer Portugal und Griechenland mehr Baumwolle produzieren und andererseits die Nachfrage stagniert.

Die Abhängigkeiten einiger Länder vom Baumwolllexport können wie in Benin bis zu 69% betragen. Für 10 Mio. Menschen in den west- und zentralafrikanischen Sahelländern ist der Anbau und Verkauf von Baumwolle die einzige Einnahmequelle.

Auswirkungen des Welttextilabkommens

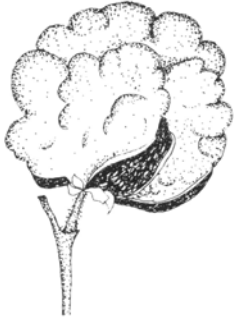
Der Rohstoff Baumwolle unterliegt dem so genannten Multifaser- oder Welttextilabkommen, einem der bedeutendsten Selbstbeschränkungsabkommen. Baumwolle ist daher ein gutes Beispiel für die protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer. Die Vereinbarung geht auf das "Kurzfristige Baumwolltextil-Abkommen" zurück, das im Jahre 1961 im Rahmen des GATT²⁰ zustande kam und im Jahre 2003 endgültig auslaufen soll. Dieses Abkommen schützt die Textilindustrie der Industrienationen vor den billigeren Textilerzeugnissen aus Niedriglohnländern wie Hongkong, Korea und Indien. Dazu werden Liefervereinbarungen über die Höhe der Importmengen mit der ausländischen Konkurrenz getroffen. Das Selbstbeschränkungsabkommen erschwert weiterhin den Zugang für neue Anbieter auf dem heimischen Markt. Die Politik der Industrieländer ist in diesem Bereich widersprüchlich, einerseits unterstützt sie im Rahmen der Entwicklungshilfe den Aufbau der Industrie in den Ländern des Südens, andererseits behindert sie jedoch - wenn sich der Industrialisierungserfolg in Entwicklungsländern eingestellt hat - meist auf Druck der hiesigen betroffenen Gewerkschaften und Unternehmen den Import dieser Produkte.

Baumwolle



Die afrikanischen Sahelstaaten besitzen in der Baumwollproduktion gegenüber den Industriestaaten komparative Kostenvorteile, doch durch die Subventionspolitik der Industrienationen werden diese zunichte gemacht.

²⁰ GATT: General Agreement on Tariffs and Trade = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen



Tab. 10: Die Produktion und der Export von Baumwolle 2002

Land	Produktion (in 1.000 t)	Export Baumwollfaser (lint) (in 1.000 t)
Welt	53.732	5.923,8
China	14.760	152,5
USA	9.556	2.151,2
Indien	5.580	11,1
Pakistan	5.040	35,0
Usbekistan	3.200	740,0
Türkei	2.400	32,6
Brasilien	2.172	109,6
Griechenland	1.080	223,9
Ägypten	820	161,1
Syrien	802	241,0
Australien	633	647,0
Mali	612	121,0
Turkmenistan	600	87,1
Benin	486	146,4

Quelle: FAO, <http://fao.org>, Mai 2003

Ökologische Aspekte

Durch ihre Dürre-resistenz und Transportwürdigkeit leistet die tief wurzelnde Baumwolle in vielen afrikanischen Ländern einen wesentlichen Beitrag zur Erwirtschaftung von Devisen. Die Pflanzen sind ertragssicher und haben eine günstige Vorfruchtwirkung in ökologisch angepassten Fruchtfolgen. Fördermittel aus der Entwicklungszusammenarbeit geben Kleinbauern die Möglichkeit, ihren Subsistenzanbau²¹ um eine Verkaufsfrucht, ein "cash-crop", zu erweitern. Der Anbau von Baumwolle ist deshalb ausgesprochen attraktiv. In Afrika und Asien führt dies zu einer Zuwanderung der Menschen in die Anbaugelände. Entsprechend der Bevölkerungszunahme wachsen dort die landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Bracheflächen schrumpfen. Übersteigt der Anbauumfang spezifisch-kritische Flächenanteile, so kommt es bei traditioneller Produktionstechnik zu einem Verfall der Bodenfruchtbarkeit.

Durch die stetige Intensivierung des Baumwollanbaus ergaben sich etliche ökologische Probleme, die durch mehrere Faktoren verursacht wurden:

- starker Einsatz von Agrochemikalien wie mineralische Dünger und Pestizide
- hoher Wasserverbrauch und Bodenversalzung im Bewässerungsanbau
- Bodenerosion und -degradation bei Baumwollreinkultur

²¹ Subsistenzbauern wirtschaften für den Eigenbedarf

- Verdrängung bzw. Beeinträchtigung der lokalen Nahrungsmittelproduktion.

Der massive Einsatz von Pestiziden verursacht die schwerwiegendsten ökologischen Probleme. 10 – 12% der global eingesetzten Agrarpestizide stecken in der Baumwollproduktion und die Mengen steigen kontinuierlich an. Jährlich gelangen zwischen 150.000 und 250.000 t aktive Wirksubstanz auf die Felder, dies sind vor allem Insektizide, Unkrautvernichtungsmittel sowie Wachstumsregulatoren und Entlaubungsmittel zur Erleichterung der maschinellen Erntearbeiten.

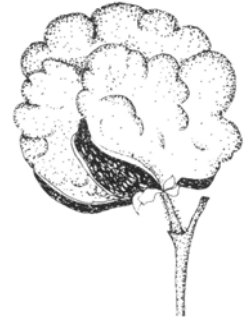
Bis in die 50er Jahre wurde der Schädlingsbefall im Baumwollanbau durch strikte Einhaltung von Kulturmaßnahmen in Grenzen gehalten. Hierzu gehörten vor allem strenge Fruchtfolgen, begrenzte Aussaattermine, Beseitigung der Baumwollpflanzen nach der Ernte und Anbauverbote für Zwischenwirte der Schädlinge. Seit Mitte der 50er Jahre kam es zum Einsatz chlorierter Kohlenwasserstoffe (z.B. DDT und HCH), deren Anwendung zuerst eine Erleichterung bedeutete. Bereits Mitte der 60er Jahre begann die Wirkung der Spritzmittel aufgrund von Resistenzbildung der Schädlinge abzunehmen. Dosierungen und Anzahl der Spritzungen wurden erhöht. In den 70er Jahren mussten diese Mittel dann wegen ihrer Anreicherung in den Nahrungsketten und ihrer Schadwirkung auf die Fauna verboten werden. An Stelle der chlorierten Kohlenwasserstoffe traten Pyrethroide und organische Phosphorverbindungen. Die Entwicklung neuer Insektizide wurde und wird immer kostspieliger.

Seit etwa 20 Jahren werden Alternativstrategien entwickelt und propagiert, wie z.B. der *Integrierte Pflanzenschutz*. Bestimmend hierfür ist die Verknüpfung unterschiedlicher Maßnahmen wie z.B. die überlegte Gestaltung der Fruchtfolge, die Auswahl möglichst widerstandsfähiger, für den Standort geeigneter Sorten, gesundes Saatgut, günstige Saattermine, auf den Bedarf der Pflanzen abgestimmte Düngung, gezielte Anwendung nützlingsschonender und selektiv wirkender Pflanzenschutzmittel bzw. –verfahren und anderes mehr.

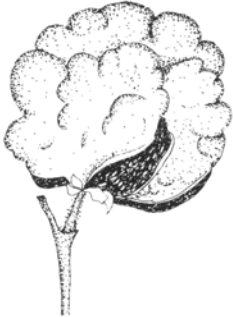
Trotz der Anwendung von integriertem Pflanzenschutz ist nach wie vor ein hoher Insektizideinsatz weltweit üblich. Baumwollpestizide nehmen beispielsweise in der Türkei einen Anteil von 36% aller verwendeten Pestizide ein, in Indien sind es 45% und in Ägypten sogar 50%. Die negativen Folgen auf die Umwelt sind allseits bekannt. Jährlich treten weltweit unzählige unbeabsichtigter Pestizidvergiftungen auf, die in 2.000 bis 4.000 Fällen tödlich enden; 99% dieser Vorkommnisse ereignen sich in so genannten Entwicklungsländern. Die Bauern sind oftmals nicht über die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen aufgeklärt und kommen teilweise mit Mitteln in Kontakt, die in den Industrieländern aufgrund ihrer hohen Gefährlichkeit bereits nicht mehr angewendet werden dürfen. Durch Pestizid-Rückstände in der Rohbaumwolle sowie durch die chemischen Rückstände aus der Textilverarbeitung können Allergien bei den Verbrauchern ausgelöst werden. Die Förderung des ökologischen Anbaus von Baumwolle bietet daher Vorteile sowohl für Produzenten als auch für Konsumenten.

Zur ökonomischen und ökologischen Katastrophe führte der jahrzehntelange Baumwollanbau beispielsweise in Usbekistan. In den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion entstand in den Gebieten südlich des Aralsees eine riesige Monokulturlandschaft. Etwa 40% der Usbeken arbeiten im Baumwollanbau, der 34% des Nationaleinkommens ausmacht. Die Baumwolle wird hauptsächlich unter Bewässerung angebaut, die riesigen Wassermengen stammen aus dem Amu-Darja und dem Syr-Darja, den

Baumwolle



Der massive Einsatz von Pestiziden verursacht die schwerwiegendsten ökologischen Probleme.



Einstige Hafenstädte des Aralsees liegen heute mehr als 100 km vom Ufer entfernt.

zwei größten Zuflüssen des Aralsees. Durch die Bewässerung verliert der See große Wassermengen, die nicht aufgefüllt werden. Einstige Hafenstädte liegen heute mehr als 100 km vom Ufer entfernt. Die Reste der hohen Düngemengen im Baumwollanbau bleiben nach der Verdunstung als Salze im Boden zurück und verwandeln das Land rings um den See in eine öde Wüste. Die Belastung durch Pestizide, die mit den Flugzeugen über den Feldern verteilt werden (auch während dort Menschen arbeiten), ist enorm. Die Lebenserwartung am Aralsee liegt bei 38 bis 42 Jahren; jedes achte bis zehnte Neugeborene kommt behindert zur Welt. Die großen Erntemengen werden nicht im Land selbst, sondern in Russland verarbeitet, so dass die Wertschöpfung der Produktion nicht im Lande bleibt und die Usbeken sehr stark vom Export der Baumwolle abhängig sind.

Literatur

- Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AID) (Hrsg.), 1986: Integrierter Pflanzenschutz, Heft 32, 48 S.
- Brandt, Hartmut, 1991: Die Baumwollerzeugung afrikanischer Länder, Internationale Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Probleme, Schriften des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Berlin, Band 97, 90 S.
- taz, 2003: „Skandalöse Beihilfen“, in: die tageszeitung vom 23/24.08.2003, S.2; taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin
- Food and Agricultural Organization (FAO), 2002: Homepage, URL: <http://www.fao.org>, Januar 2002, Rom
- Freudling, Crescentia und Weber, Carina, 1995: Neues aus dem Genlabor; in: Weber, Carina und Parusel, Dagmar: Zum Beispiel Baumwolle, Lamuv Verlag, Göttingen
- Hofer, Ralf, 1995: Usbekistan: Weißes Gold- Weißer Tod; in: Weber, Carina und Parusel, Dagmar: Zum Beispiel Baumwolle, Lamuv Verlag, Göttingen
- Jutzi, S.C. et al., 1995: Organischer Anbau von Tee und Baumwolle und seine Bedeutung für die Nachhaltigkeit dieser Agrarökosysteme. Forschungsantrag der Universitäten Gesamthochschule Kassel und Gießen
- Knirsch, J., 1993: Pestizideinsatz bei der Primärproduktion von Naturfasern: Baumwolle, Leinen (Flachs), (Schaf-) Wolle und Seide, Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN), Hamburg, 86 S.
- Koufen, Katharina, 2003: „Weißes Gold oder großes Pech?“, in: die tageszeitung vom 11.09.2003, S.11, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin
- Rehm, Sigmund (Hrsg.), 1989: Spezieller Pflanzenbau in den Tropen und Subtropen, Band 4, Verlag Eugen Ulmer GmbH & Co., Stuttgart, 653 S.
- Wagner, Norbert und Kaiser, Martin, 1995: Ökonomie der Entwicklungsländer, UTB 1230, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart - Jena, 351 S.
- Weber, Carina, 1995: Von Kapselraupen, Weichhautmilben und Pestiziden; in: Weber, Carina und Parusel, Dagmar: Zum Beispiel Baumwolle, Lamuv Verlag, Göttingen

Handlungsmöglichkeiten für Verbraucher

Die Rohstoffpreise der hier vorgestellten „Kolonialwaren“ sind in der Regel viel zu niedrig, dies ist u. a. auf die schlechte Bezahlung der Arbeiter in den Anbauländern zurückzuführen. Von den günstigen Preisen für die Produkte profitieren vor allem die Konsumenten in den Industrienationen. Einzelne Verbraucher in Deutschland sind zwar nicht in der Lage, Weltmarktpreise zu beeinflussen oder Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern, doch je mehr Menschen sich dafür entscheiden, durch ihr Kaufverhalten das Wohl der Produzenten zu berücksichtigen, desto eher kann eine globale Veränderung näher rücken. Hier gilt das Motto „Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern“. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, verschiedene Produkte alternativ zu konsumieren oder durch Unterstützung verschiedener Aktivitäten und Kampagnen einen persönlichen Beitrag zu leisten, damit unsere Welt gerechter wird.

Der Faire Handel ist Instrument und Ausdruck politischen Handelns zugleich. Er hat zwei Standbeine: die *Projektförderung* in den Produzentenregionen und die *Bildungsarbeit* in den Verbraucherländern. Er soll in den Anbauländern die einzelnen Kleinproduzenten ermutigen, sich zu Selbsthilfegruppen, Kooperativen und Produktionsgenossenschaften zusammen zu schließen, um ein Gegengewicht zu schaffen zu der Abhängigkeit vom Weltmarkt. Der Faire Handel fördert insbesondere benachteiligte Produzenten(gruppen) und schützt Kinder vor der Ausbeutung im Produktionsprozess. Er will ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen und die Armut wirksam bekämpfen durch verbesserten Marktzugang und die Zahlung höherer Preise. Die Kontinuität in den Handelsbeziehungen ist dabei ein wirksames und wichtiges Kriterium.

Der Faire Handel ist ein Beispiel für eine alternative Welthandelsstruktur, in der jeder Partner eine gerechte Chance hat. Er sucht den Dialog mit den Produzenten, macht seine Transaktionen transparent und respektiert Mensch und Umwelt gleichermaßen. In den Konsumentenländern soll der Faire Handel einen politischen Lernprozess anregen und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Unterentwicklung untrennbar verbunden ist mit den Strukturen von Weltwirtschaft und Welthandel. Hierbei soll das Handelsprodukt selbst der Träger von Informationen und Botschaften sein. Zu den ersten fair gehandelten Produkten zählten deshalb klassische „Kolonialwaren“ wie Kaffee, Tee und Zucker. Nach und nach ergänzten andere Artikel das Sortiment: heute reicht die Angebotspalette von Getreideprodukten über Wein und Gewürzen bis hin zu Textilien, Musikinstrumenten und Kunsthandwerk.

Fairer Handel verfolgt zwei Hauptziele: Projektförderung in den Produzentenregionen und Bildungsarbeit in den Verbraucherländern.

Kriterien des Fairen Handels

auf Seite der Produzenten	auf Seite der Handelsgesellschaften	auf Seite der Weltläden und Aktionsgruppen	auf Seite der Konsumenten
Auswahl nach entwicklungspolitischen Kriterien, vorzugsweise gesellschaftliche Randgruppen; basisdemokratische Organisation der Gruppen, Entscheidungen durch paritätische Partizipation	Zahlung fairer Preise, die höher liegen als der Weltmarktpreis	Lokaler Vertrieb von Produkten des alternativen/fairen Handels, Handel von TransFair Siegel Produkten und anderen Produkten alternativer Handelsorganisationen (ATO) und direkte Projektprodukte	Zahlung eines höheren Preises
Investition in sozialen Bereichen, Ausbau und Förderung sozialer Komponenten (Schulen, Krankenstationen, Weiterbildungszentren etc.)	Zinsfreie oder zinsgünstige Vorfinanzierung	Informationsvermittlung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	Möglichkeit zum alternativen Konsum
Vermeidung von extremer Exportabhängigkeit durch Erhalt oder Schaffung lokaler Vermarktungsmöglichkeiten	Ausschaltung des Zwischenhandels und der Spekulation	Kritische Thematisierung der Welthandelsbeziehungen zwischen Süd und Nord, um Veränderungen des internationalen Regelwerks und des konventionellen Handels zu ermöglichen	Erhalt von qualitativ hochwertigen Produkten
Vermeidung von Kinderarbeit	Langfristige Lieferbeziehungen, die Planungssicherheit ermöglichen	Bewusstseinsbildende Kampagnen über die negativen Auswirkungen des neoliberalen Welthandels	Preistransparenz, Produkttransparenz (Informationen über Handelsstrukturen und Produzenten)
Verwendung angewandter Technologien	Gewährung von Produkt- und Qualitätsberatung für die Produzenten		
Ökologisch nachhaltige Produktionsmethoden	Förderung des Ökologischen Landbaus		
	Vermarktung über Alternativen Handel (Weltläden, Aktionsgruppen und dergleichen)		

Akteure im Fairen Handel (Auswahl)

Weltläden und Weltladen-Dachverband

Seit den 1970er Jahren gibt es überall in Europa kleine Initiativen, die alternativ und fair gehandelte Waren aus der so genannten Dritten Welt anbieten. Diese „Dritte-Welt-Läden“ waren Ausdruck einer europaweiten Solidaritätsbewegung, die den schon damals unbefriedigenden Vorgehensweisen der offiziellen Entwicklungspolitik eine konkrete Handlungsmöglichkeit entgegensetzen wollte. Häufig getragen von kleinen kirchlichen oder entwicklungspolitisch aktiven Gruppen waren es zunächst nur einige wenige Produkte, an denen sich der politische Wille festmachte. Die Arbeit in Weltläden wurde und wird auch heute noch überwiegend ehrenamtlich geleistet.

1975 wurde in (West-)Deutschland die Arbeitsgemeinschaft der Dritte Welt Läden (AG3WL) gegründet. 1998 wurde die Aktion 3. Welt-Handel (A3Wh) zusammen mit dem Regionalsprecherkreis in den „Weltladen-Dachverband“ umbenannt. Hier sind zur Zeit etwa 50% aller Weltläden Deutschlands organisiert, er ist ihr wichtigster Dienstleister und Vertreter. Der Dachverband bereitet beispielsweise Kampagnen vor oder entwickelte die „Konvention der Weltläden“, die die Kriterien des fairen Handels zusammenfasst. Dies wurde notwendig, nachdem im Zuge der Kommerzialisierung fair gehandelter Produkte auch Trittbrettfahrer das Wort „fair“ als Marketinginstrument nutzten. Darüber hinaus wurde ein „ATO-TÜV“ erstellt, in dem Alternative Importorganisationen (ATO) hinsichtlich der Einhaltung der strengen Kriterien bewertet wurden. Der Weltladen Dachverband unterstützt die Läden bei der Präsentation ihrer Produkte und gibt Hilfestellung bei der Informationsvermittlung. Er ist außerdem Gesellschafter Alternativer Handelsorganisationen wie beispielsweise bei El Puente oder GePa und Mitglied bei TRANSFAIR und NEWS!

Weltladen-Dachverband
Hindenburgplatz 2
55118 Mainz
<http://www.weltlaeden.de/>

TransFair

TRANSFAIR ist keine Handelsorganisation, sondern eine Siegelinitiative. Der Verein, dessen Einnahmen hauptsächlich aus den Lizenzgebühren und aus externen Zuschüssen stammen, vergibt das Label nach Kriterien, die in Übereinstimmung mit der internationalen Label-Organisation (FLO) stehen. TRANSFAIR entstand 1991 nach holländischem Vorbild und wird heute von 38 Mitgliedsorganisationen getragen, u. a. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Misereor, Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED), dem Weltladen Dachverband, Aktion Arme Welt Tübingen. Seit 1999 betreut der Verein auch Rugmark, die Initiative gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie. Im Jahr 2001 hatte TRANSFAIR 67 Lizenznehmer und setzte Waren im Wert von 152 Mio. € um.

Ein Verdienst von TRANSFAIR ist die Einführung fair gehandelter Waren in die Supermarktketten. Seit 2003 gibt es ein europaweites neues Siegel, auf das sich 17 europäische Siegelinitiativen geeinigt haben.

**TRANSFAIR Verein zur Förderung des Fairen Handels
mit der "Dritten Welt" e.V.
Remigiusstr. 21
50937 Köln
Tel: 0221- 94 20 40 0 - Fax: 0221 - 94 20 40 40 -
e-Mail: info@transfair.org
Internet: <http://www.transfair.org>**

***Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt
(GEPA)***

Ge-Pa existiert seit 1975. Gesellschafter sind u. a. die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland, der Bund der katholischen Jugend, das Katholische Bischöfliche Hilfswerk Misereor, der Kirchliche Entwicklungsdienst und der Weltladen Dachverband. Die GePa erwirtschaftet 60% ihres Umsatzes über Weltläden, 15% über Großverbraucher und 15% im Lebensmitteleinzelhandel. GePa unterhält eine Datenbank im Internet zu den Handelsprodukten und ihrer Herkunft.

**gepa Fair Handelshaus - Zentrale
Gewerbepark Wagner
Bruch 4
42279 Wuppertal
Tel. 0202 - 266 83 0 - Fax 0202 - 266 83 10 -
e-mail: marketing@gepa.org
Internet: <http://www.gepa3.de>**

EFTA (European Fair Trade Association)

EFTA ist ein Zusammenschluss von 11 alternativen Importorganisationen aus 9 europäischen Ländern, die mit mehr als 400 benachteiligten Produzentengruppen in Afrika, Lateinamerika und Asien zusammenarbeiten. Aufgabe ist die Koordination des Fairen Handels und die Herausgabe von Materialien zur Bildungsarbeit.

Alljährlich organisiert EFTA den europaweiten Weltladentag. Er soll der europäischen Öffentlichkeit die Zusammenhänge im Welthandel und im Fairen Handel aufzeigen und die Probleme der Armut ins Bewusstsein stellen. Jedes Jahr stehen neue Themen im Mittelpunkt, zu denen der Weltladen-Dachverband und EFTA alle benötigten Materialien zur Verfügung stellen.

Internet: <http://www.eftafairtrade.org>

NEWS! (Network of European Worldshops)

repräsentiert 2.500 Weltläden und 100.000 Freiwillige in 15 Dachverbänden aus 13 Ländern. Das Netzwerk wurde 1994 gegründet, um europaweite Kampagnen zu initiieren und um gegenüber der EU eine gemeinsame Interessenvertretung entwickeln zu können. Es organisiert den europäischen Weltladentag und alle zwei Jahre die Konferenz der Europäischen Freiwilligen.

Internet: <http://www.newsworldshops.org>

FLO (Fair Trade Labelling Organisation)

FLO entstand 1997 als Zusammenschluss von 17 Siegelinitiativen, auch aus den USA, Kanada und Japan. Sie stellt Produzentenregister zusammen und legt die Kriterien zur Vergabe der Siegel fest.

Internet: <http://www.fairtrade.net>

IFAT (International Federation of Alternative Trade)

IFAT ist ein weltweiter Zusammenschluss von mehr als 160 Produzenten und Importorganisationen aus 50 Ländern (Entwicklungs- und Industrieländern).

<http://www.ifat.org>

Bündnisse und Kampagnen (Auswahl)

Kampagne des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

BUKO existiert seit 1981 und arbeitet seither zu den Themen Landwirtschaft und Ernährung. Ziel ist es, Perspektiven zu entwickeln, die den Interessen der Landbevölkerung im Süden ein stärkeres Gewicht verleihen. Der Schwerpunkt der Aktionen, Kampagnen, Konferenzen, Seminare etc. liegt gegenwärtig auf Fragen zur biologischen Vielfalt und Ernährungssicherung. Hintergrundinformationen geben das BUKO Agrar Info und das BUKO Agrar Dossier.

BUKO

Nernstweg 32 – 34

22765 Hamburg

Tel. 040/392526 - Fax: 040/39900629

<http://www.bukoagrار.de> oder <http://www.buko.info/>

Bananenkampagne

Seit 1986 gibt es in Deutschland Bananen aus fairem Handel. Der Verein BanaFair e.V. importiert und vertreibt Bananen von Kleinproduzenten, die ihre Früchte unabhängig von multinationalen Konzernen produzieren und vermarkten. Fairer Handel mit Bananen will zu menschenwürdigen und ökologisch verträglichen Anbaubedingungen beitragen. Über die Fair-Trade-Prämie erzielen die Erzeuger und Erzeugerinnen einen deutlich höheren Preis. Mit einem weiteren Bonus werden soziale und politische Projekte unterstützt, die der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen dienen.

BanaFair ist Gründungsmitglied des europäischen NRO-Netzwerkes EUROBAN (European Banana Action Network) und Koordinationsstelle der Bananen-Kampagne in Deutschland. BanaFair kooperiert u.a. eng mit dem Dachverband der lateinamerikanischen Bananenarbeitergewerkschaften (COLSIBA), dem FORO EMAÚS, einem Netzwerk von Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und sozialen Gruppen in Costa Rica, der ecuadorianischen Bauernorganisation UROCAL, Kleinbauernorganisationen aus der costaricanischen Region Talamanca und der karibischen Windward Islands Farmers' Association.

BanaFair e.V.
Langgasse 41
D-63571 Gelnhausen
Tel. 06051-8366-0 - Fax: 06051-8366-77 -
mail: info@banafair.de
Internet: <http://www.banafair.de>

Clean Clothes Campaign – Let's wear fair

Die bundesweite Kampagne wird getragen von zahlreichen Organisationen aus dem gewerkschaftlichen, kirchlichen und entwicklungspolitischen Umfeld. Sie will den Verbrauchern am Beispiel der Textilindustrie die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme vor allem in den Entwicklungsländern bewusst machen, die sich aus den dortigen Produktionsbedingungen ergeben. Die Kampagne will bessere Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie durchsetzen, den Einzelhandel zur Einhaltung von Mindeststandards verpflichten und in konkreten Fällen von Arbeits- oder Menschenrechtsverletzungen die Betroffenen unterstützen. Dies soll v.a. durch Aufklärung der Verbraucher bewirkt werden. Die Kampagne ist ein idealtypisches Agenda 21 Projekt. Materialien für die Umsetzung z.B. in der Schule können direkt aus dem Internet herunter geladen werden.

Kampagne für Saubere Kleidung
Hans-Böckler-Strasse 39
40476 Düsseldorf
Tel: 0211/4301 -317 - Fax: 0211/4301500
e.mail: ccc-d@dgb-bildungswerk.de
<http://www.cleanclothes.ch>;
<http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/thema/ccc.htm>

Blumenkampagne

Seit 1991 koordinieren FIAN (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk), Brot für die Welt und Terre des Hommes die Blumenkampagne. Sie setzt sich für verbesserte Arbeitsbedingungen ein, denn vor allem Frauen arbeiten auf den Betrieben unter miserablen gesundheitlichen und hygienischen Bedingungen. In Kenia, Simbabwe und Ecuador haben sich einige Blumenfarmen dem so genannten „Flower Labelling Programme“ (FLP) unterworfen, das den Arbeitern ein Mindestmaß an Arbeitsschutz, Arbeitsrecht und sozialer Absicherung bietet und das gleichzeitig die Anwendung besonders giftiger Pflanzenschutzmittel verbietet. Für mehrere tausend Beschäftigte dieser Farmen konnten die Lebens- und Arbeitsbedingungen dadurch schon verbessert werden. Blumen mit dem FLP Siegel wurden erstmals zum Muttertag 1999 in deutschen Blumengeschäften angeboten. Eine Liste der entsprechenden Länder und Materialien zur Bildungsarbeit sind über die Menschenrechtsorganisation FIAN zu beziehen

FIAN Food First Informations- und Aktionsnetzwerk
Overwegstr. 31
44625 Herne
Tel: 02323/490099 - Fax: 02323/490018
e-mail: fian@fian.de
<http://www.fian.de/blumen>

Informationsstelle Lateinamerika

In den siebziger Jahren herrschten fast überall in Südamerika Militärdiktaturen. In Chile, Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay oder Uruguay waren Verfolgung, Folter und Ermordung politischer Gegner an der Tagesordnung. Mit den Militärdiktaturen wurde ein Wirtschaftsmodell durchgesetzt, das einen großen Teil der Bevölkerung vom wirtschaftlichen Fortschritt bis heute ausschließt. Bildung und medizinische Versorgung wurden zum Privileg weniger, die es sich leisten können. 1973-75 beschäftigte sich das "Zweite Internationale Russell-Tribunal" in Brüssel und Rom mit der Verletzung der Menschenrechte auf diesem Subkontinent. Schnell wurde die Verantwortlichkeit deutscher Firmen und der Bundesregierung für die Zustände in Lateinamerika zum Thema. Aus der Bonner Unterstützerguppe des Tribunals gründete sich im November 1975 nach Ende des Tribunals die **ila**. Sie begann diejenigen zu unterstützen, die in Lateinamerika für eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kämpften: Gewerkschafter, Bauern-/Bäuerinnen-Organisationen, kirchliche Basisgemeinden und bewaffnete Befreiungsbewegungen, Indígena- Vereinigungen, Menschenrechtsorganisationen, linke Parteien, Frauengruppen und Umweltinitiativen. Wichtigstes Medium der **ila** wurde die gleichnamige Zeitschrift. Seit Dezember 1976 erscheint sie zehnmal jährlich.

Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V
Oscar Romero Haus Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. 0228/65 86 13, Fax 0228/63 12 26,
e-mail ila@ila-bonn.de
<http://www.ila-bonn.de/archiv/266inhalt.htm>

Unterrichts- und Aktionsmaterialien

Die Materialien zum Thema Entwicklungspolitik in der Schule sind zahlreich. Das Internet bietet eine Fülle von Datenbanken und Materialien zum Herunterladen an. Beispielhaft seien genannt:

<http://www.eine-welt-netz.de/materialien/materialien.html>

<http://www.transfair.org>

<http://www.welthaus.de>

Das Welthaus Bielefeld stellt Medienverzeichnisse zusammen:

Eine Welt im Unterricht (Sek. I/II).

Materialien, Medien, Adressen. Ausgabe 2003/2004. Broschüre A4, 71 S., Bielefeld 2003. Preis: 2.50 EUR. Ab 10 Exemplaren à 2.00 EUR - jeweils zuzüglich Versand

Das neue Materialienverzeichnis "Eine Welt im Unterricht - Sek. I und II" enthält zum Themenbereich Eine Welt/Dritte Welt Hinweise und Kurzbeschreibungen auf mehr als 500 Unterrichtsmaterialien, Fachbücher, Spiele, Plakate, CD-ROMs etc. Hinzu kommen zahlreiche aktuelle Internet-Adressen zu vielen entwicklungspolitischen Themenfeldern. Das Materialverzeichnis ist eine aktuelle und nützliche Arbeitshilfe für alle, die im Unterricht oder in der Erwachsenenbildung Entwicklungspolitik, Globalisierung oder ökologische Zukunftsfragen zum Thema machen wollen.

Eine Welt im Grundschulunterricht.

Materialien, Medien, Adressen. Ausgabe 2000/2001. Broschüre A4, 41 S., Bielefeld 2001. Preis: 2.50 EUR (Einzelexemplare 1-9). Ab 10 Exemplaren: à 2.00 EUR. Ab 100 Exemplaren: à 1.50 EUR - jeweils zuzüglich Versand.

Das Materialienverzeichnis enthält kommentierte Angaben für rund 400 verschiedene Unterrichtsmaterialien, Bilderbücher, Kindererzählungen, Spiele, Projektmaterialien, Poster und AV-Medien, mit denen die "Eine Welt" in der Grundschule zum Thema gemacht werden kann. Die Bezugsmöglichkeiten sind jeweils angegeben.

Welthaus Bielefeld

August-Bebel-Str. 62

33602 Bielefeld

Tel.: 0521/986480 - Fax: 0521/63789

e-mail: info@welthaus.de

<http://www.welthaus.de>